

LATEINAMERIKA nachrichten

13. JAHRGANG DER

CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

April 1986

DM 4,50

147

WER WEN ?



Aus dem Inhalt:

MEXIKO: Vom Musterschüler zum Prügelknaben / **EL SALVADOR:** Die FMLN am Guazapa / **CHILE:** Weg mit Pinochet / **PERU:** Sechs Monate nach dem Regierungswechsel / **GUATEMALA:** Zivilregierung und Militärs

Publik-Forum

Publik-Forum

stärkt engagierten Christen den Rücken, schafft ein Netzwerk unter denen, die – von unten und von oben – für eine offene und solidarische Kirche arbeiten.

Publik-Forum

gibt Signale der Hoffnung, springt über konfessionelle Hürden und hat als Ziel eine Kirche vor Augen, die

bereit ist, mit allen zu teilen.

Publik-Forum

stellt sich auf die Seite der Schwachen – gegen den organisierten Egoismus. Hier und in der 3. Welt. Für einen Aufbruch in eine solidarisch-gerechte Gesellschaft. Gegen den Ausverkauf der Natur und eine Herrschaft der Mächtigen.

Zeitung
kritischer
Christen



Wir laden Sie ein,
uns kennenzulernen. LN

Ich möchte mich
näher informieren.
Schicken Sie mir
bitte unverbindlich
Probeexemplare

Coupon bitte
einsenden an:
Publik-Forum
Postfach 700 771
6000 Frankfurt 70

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Editorial	3
— MEXIKO: Vom Musterschüler zum Prügelknaben	5
— EL SALVADOR: Die FMLN am Guazapa	13
Flächenbombardierung des eigenen Landes	20
— CHILE: »Que se vaya Pinochet« — Weg mit Pinochet	31
Chilenisches Tagebuch (II)	41
— PERU: Sechs Monate nach dem Regierungswechsel	43
— GUATEMALA: Die Zivilregierung und die Macht der Militärs	54
— FILM: Neue Tendenzen des argentinischen Kinos	60
— REZENSIONEN	64
— Eingegangene Bücher	69
— Zeitschriftenschau	70
— Termine	71

Editorial

Einmal mehr trommelt Ronald Reagan derzeit für eine Erhöhung der Militärhilfe für die Contra. je stärker in den USA der Informationsfluß fließt, desto mehr wachsen seine Schwierigkeiten, die Militärhilfe durch den Kongreß bewilligen zu lassen. In seiner Beweisnot läßt er sich dann zu Sprüchen hinreißen, die bei seinen mit einem letzten Funken Verstand ausgestatteten Beratern fast die Magengeschwüre platzen lassen: "Wir schicken ihnen Geld und Material, damit wir nie unsere eigenen amerikanischen Jungs schicken müssen." Dies ist zwar nichts Neues, aber unsereiner freut sich doch jedesmal, wenn seine Auffassungen aus berufenem Mund bestätigt werden: Die Contras also als - wenn auch brave - Untermenschen, die für Uncle Sam die Dreckarbeit zu erledigen haben, damit die Mamis und Papis aus Iowa und Kansas nicht wieder zu "bring the boys home"-Demos nach Washington marschieren müssen. Denn auch ein "Redneck" bekämpft das "Böse" lieber vom Parkplatz des Autokinos aus, als daß er seine Söhne in den Busch schickt. Dennoch scheint Reagan im Augenblick wenig Aussichten zu haben, für seine Pläne eine Mehrheit im Kongress zustande zu bringen. Da nützt es auch wenig, wenn er die "Verbrecher und Verrückten" schon "an der Türschwelle der Vereinigten Staaten" lagern sieht, zumal seine Wahnvorstellungen, bereits hinter jedem abtrünnigen Abgeordneten die moskau-gesteuerte Globalverschwörung zu vermuten, seine Sympathien bei den Verdächtigten kaum steigern werden.

Gunz anders als die Kongreßabgeordneten, die sich aus welchen Motiven auch immer der konservativen Gleichschaltung verweigern, verhält sich da unsere SPD. Nachdem wir ihr Ebert und Noske, das Godesberger Programm, die Notstandsgesetze und den "Deutschen Herbst" verziehen haben und zur Not auch noch Bruder Johannes schlucken würden, gibt ausgerechnet ein bislang dem linken Flügel zugeordneter "Genosse" dem Bild einer bis zur Selbstverleugnung opportunistischen SPD neue Nahrung. Gerade mal fünf Tage war er drüben und schon weiß er Bescheid. Nein, die Rede ist nicht von Martin Kriele, der inzwischen so konsequent war, die SPD zu verlassen, auch Hans-Ulrich Klose weilte als Handlungsreisender in Sachen "Demokratischer Sozialismus" in Nicaragua. Selbstverständlich fällt sein Befund nicht so platt anti-sandinistisch aus wie bei der jüngst eingeleiteten Großoffensive der Geißlers und Krieles, aber die "Ausgewogenheit" seines Rapports, der die Menschenrechtsverletzungen der Contra nicht erwähnt, ist dennoch der Beginn einer grundsätzlichen Revision der sozialdemokratischen Nicaragua-Politik. Wie kurz darauf vom Großmeister der Mittelamerikapolitik der SPD Hans-Jürgen Wischnewski bestätigt wurde, ist nunmehr der "kritische Dialog mit der FSLN über die Einhaltung der ursprünglichen Revolutionsziele" angesagt. Wie diese angesichts des US-amerikanischen Kreuzzugs überhaupt noch verwirklicht werden sollen, darüber schweigt sich Klose vornehm aus. Zur

Impressum
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 147
April 1986
Jahrgang 13 der CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)

ISSN 0174 - 6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Christian Klemke
Druck: Movimento, Berlin-West
Redaktionsschluß: 13. März 1986

Abo-Preise:
Individuelles Abo DM 50,- / Übersee-Luftpost DM 70,-
Institutionen-Abo DM 65,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährwise berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig.
Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postgirokonto Berlin-West 662 83 - 103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN
im Mehringhof
Gneisenaustraße 2
1000 Berlin 61
Tel. 030 / 693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

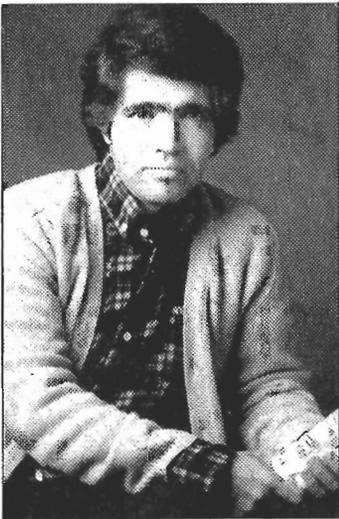
Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1.3.1985

EIGENTUMSVORBE. IALT
Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

Erinnerung, um den Weltökonom Schmidt zur Preisgabe der jetzt von Ortega so nachhaltig eingeforderten Grundrechte zu veranlassen, genügte eine Handvoll terroristischer Desperados.

Der um Anstand bemühten SPD geht es nicht mehr um die "politisch schwierige" Solidarität mit einem in die Enge getriebenen Volk. Um im Wahljahr nicht mit einer Haltung belastet zu sein, mit der sie einerseits in die Nähe von Kommunisten gerückt und andererseits als anti-amerikanisch stilisiert werden kann, werden jetzt die außenpolitischen Fronten bereinigt. Zum innenpolitischen Nulltarif, versteht sich. Insofern war der geisslersche Feldzug bereits erfolgreich: Die CDU hat einmal laut gebellt, und schon ziehen die Sozialdemokraten den Schwanz ein.

Klavierkonzert mit Roberto Bravo



Roberto Bravo

Der chilenische Pianist spielt Werke von Bach, Schubert, Beethoven, Granados, Falla, Liszt und Chopin.

Montag, 21. 4. 1986 20.00 Uhr

Ballhaus Kreuzberg
Naunynstraße 27
1000 Berlin 36

Veranstalter:
Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile/Lateinamerika e.V. (FDCL)

Kartenvorbestellung:
Tel.: 693 40 29

MEXIKO

Vom Musterschüler zum Prügelknaben

Eine neue Runde im Schuldenpoker hat begonnen. Mexikos Forderung von 10 Mrd. \$ Kredit für dieses Jahr wurden vorerst auf 6 Mrd. \$ zurückgeschraubt. Nach dem überwundenen Schock von 1982 und der Euphorie über das gelungene Schuldenmanagement ist Ernüchterung eingeleitet. Die Schuldenkrise zeigt sich mittlerweile als ein strukturelles Problem der Weltwirtschaft. Länder wie Mexiko sind alleine nicht mehr in der Lage, die dadurch entstandene Belastung zu tragen.

Handelsprotektionismus, sinkende Rohstoffpreise, Wechselkursschwankungen, Haushaltsdefizite, galoppierende Inflation, latent schwelende Spannungen und die zunehmende Ungeduld bei den Gläubigern lassen erkennen, daß die Zeit der kosmetischen Korrekturen allmählich abgelaufen ist.

DER MYTHOS VOM MUSTERSCHULDNER

"Wir sehen uns wieder einer Notlage gegenüber und wenn wir nicht schnell und weise handeln, könnte der Sommer 1982 im Rückblick vergleichsweise als ruhige und friedliche Zeit erscheinen." (Jesus Silva Herzog im Januar 1986 auf einer Konferenz in London)

Im August 1982 stand die internationale Finanzwelt am Rande des Zusammenbruchs. Nachdem Mexico am 20.8.82 verkündet hatte, daß es nicht mehr in der Lage sei, seine Schulden wie vereinbart zu tilgen, gelang es der Finanzwelt innerhalb kürzester Zeit den drohenden Kollaps abzuwenden. Mit neuen Finanzspritzen, Schuldenstreckungsprogrammen und harten Anpassungsmaßnahmen wurde zwar der drohende Zusammenbruch verhindert, aber eine dauerhafte Lösung war damit noch nicht gefunden.

Mexico hat seit 1982 einiges von seiner Stabilität verloren. Die erratischen Schwankungen auf den Weltfinanz- und Weltrohstoffmärkten haben die Konsolidierungspolitik noch erschwert.

Die Folgen der Politik der letzten vier Jahre haben die Stabilität Mexicos erschüttert. Geht man davon aus, daß sich diese aus den Faktoren Wirtschaft, Finanzen, Politik und Soziale Ruhe zusammensetzt, dann erweist sich bei näherem Betrachten keiner dieser Pfeiler mehr als Garant. Die ersten beiden Aspekte sollen im Folgenden näher betrachtet werden. Sie geben den Spielraum für die Politik und den sozialen Sektor vor.

MAGERE ERFOLGE DER WIRTSCHAFTS- UND ANPASSUNGSPOLITIK

Mexico hat enorme Belastungen auf sich genommen, um die sich immer stärker beschleunigende Verschuldungsspirale abzubremsen. Die spektakulären Erfolge der Anpassungspolitik ließen Mexico zum Musterschüler des IWF aufsteigen.

Das Haushaltsdefizit sank von 18% des Sozialprodukts 1982 auf 6% 1984. Das traditionelle Handelsdefizit wandelte sich 1983 zum erstenmal in einen Handelsüberschuß von 14 Mrd. \$ um. Das gleiche Ergebnis konnte auch 1985 erwirtschaftet werden. Die Inflation, die der Regierung und dem IWF die meisten Sorgen bereitete, fiel von 120% 1982 auf 80% 1983 und auf 60% 1985. Die kurzen wirtschaftlichen Erfolge scheinen bereits der Vergangenheit anzugehören. Mittlerweile entfernen sich die relevanten Wirtschaftsdaten wieder mehr und mehr von den mit dem IWF vereinbarten Zielvorgaben einer projektierten jährlichen Inflationsrate von 35% und einem Budgetdefizit von höchstens 5,4% des BSP stehen effektive Werte von 60 bzw. 9% gegenüber.

Die Verschlechterung der Wirtschaftsdaten zeigte sich bereits vor dem Erdbeben. Um den eigenen Erfolg bei den Regionalwahlen im Sommer 1985 zu verbessern, lockerte die Regierung ihre Ausgabenpolitik entsprechend.

Die Belastungen durch das Erdbeben im September und der Ölpreisverfall in den letzten Monaten haben Mexico wirtschaftlich wieder weit zurückgeworfen. Trotz der eingeleiteten Privatisierung staatlicher Unternehmen ist der Bedarf an strukturellen Anpassungsmaßnahmen in der Wirtschaft noch groß. Viele Unternehmen arbeiten unwirtschaftlich, werden subventioniert und unterliegen kaum einem Wettbewerbsdruck. Die mexikanische Wirtschaft wird durch protektionistische Maßnahmen vor dem internationalen Wettbewerb geschützt.

Die Regierung, die die Erfolge der letzten Jahre überschätzt hat, steht weiter unter dem Druck, endlich die defizitären und belastenden Strukturen abzubauen und zu ändern.

Mexico ist der viertgrößte Erdölproduzent der Welt und seine Erdölexporte decken zu 75% den Devisenhaushalt. Fluktuationen dieser Monostruktur haben gravierende Folgen. 50% der Steuereinnahmen verdankt Mexico seinen Öleinnahmen. Mit jedem \$, den das Barrel

weniger kostet, verliert Mexico 550 Mio. \$ an Einnahmen. Anfang dieses Jahres hat Mexico für sein "Light Oil" noch 26 \$ pro Barrel erhalten, inzwischen ist der Preis auf weniger als 14\$ gesunken.



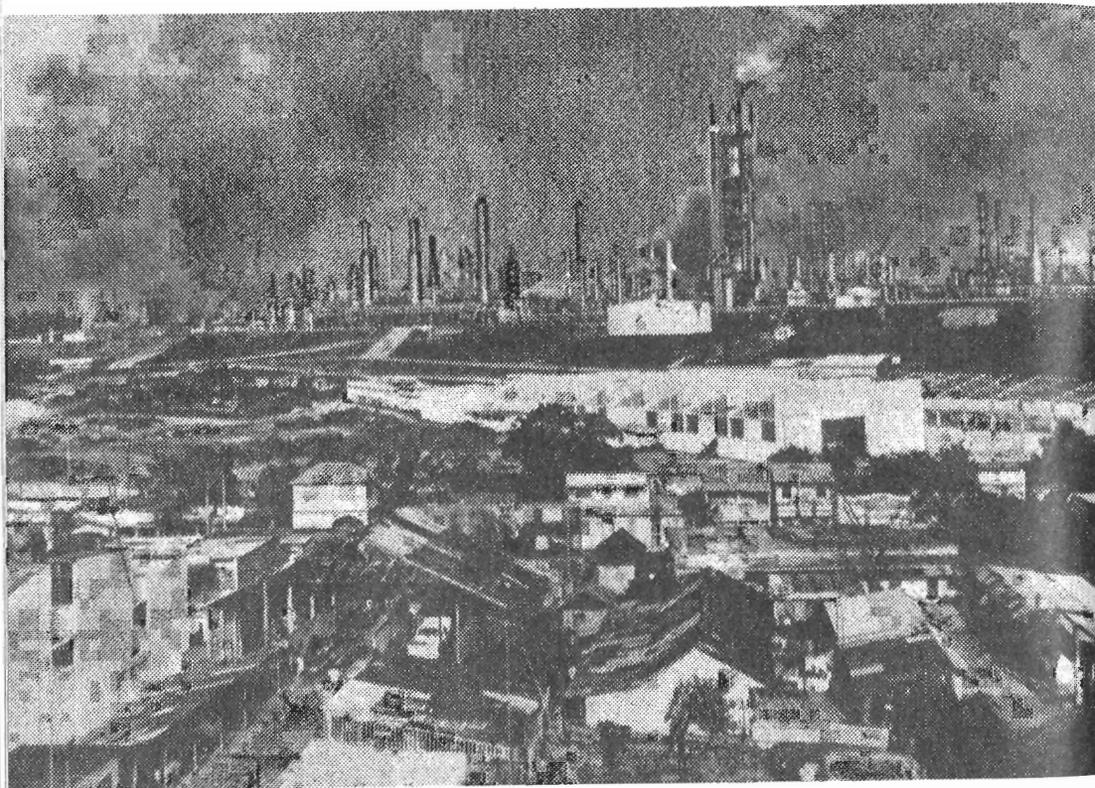
Die anhaltende Kapitalflucht und die mangelnden Investitionen des Inlands, aber auch des Auslands lassen vergebens auf einen neuen Wirtschaftsboom hoffen. Nach übereinstimmender Einschätzung aller Banken sind die wirtschaftlichen Perspektiven Mexicos für dieses Jahr schlechter als je zuvor.

ZINSENKUNG STATT BAKER-PLAN

Bedingt durch diese ungünstige wirtschaftliche Entwicklung ist auch an der Schuldenfront wieder einiges in Bewegung geraten. Mexico, das für dieses Jahr ursprünglich einen Kreditbedarf von 10 Mrd. \$ angemeldet hatte, beschränkte sich schließlich, auf Druck der USA auf 6 Mrd. \$.

1984 betrug die Gesamtexporte 24,1 Mrd. \$, gegenüber Einfuhren von 11,3 Mrd. \$. Für Zinszahlungen wurden 11,4 Mrd. \$ aufgewendet, so daß keine nennenswerten Mittel mehr für die Tilgung übrigblieben. Da bei steigendem Kreditbedarf die Zinsbelastung weiter bei über 10 Mrd. \$ pro Jahr liegen wird und der Tilgungsbedarf jährlich ebenfalls nicht unter 2 Mrd. \$ fallen wird, ist nicht absehbar, wie Mexico bei dem derzeitigen drastischen Verfall der Ölpreise in der Lage sein kann, allein die Zinsbelastung zu tragen, geschweige den noch die Tilgung zahlen und die nötigen Importe zu finanzieren.

Doch weitaus größere Probleme bereitet der Regierung die interne Verschuldung. Im Schatzamt wird damit gerechnet, daß zu deren Verzinsung und Abzahlung in den anstehenden 12 Monaten rund 26 Mrd.\$ bereitgestellt werden müssen.



Im Vergleich zu den großen finanziellen Verpflichtungen muten die Devisenerlöse aus den Erdölexporten, die dieses Jahr um mehr als 50% sinken werden, sehr bescheiden an. Mindereinnahmen ergeben sich auch aus der anhaltend starken Kapitalfluchtbewegung. Eine Studie des IWF weist daraufhin, daß allein mexikanische Gläubiger (einschließlich der Zentralbank) im vergangenen März 1985 über Depotsiten von mehr als 15 Mrd.\$ im Ausland verfügten.

Da das Land auf Importe angewiesen ist, wenn es gelingen soll den Anpassungsprozeß erfolgreich fortzuführen und die wirtschaftliche Struktur effizienter und leistungsfähiger zu gestalten, bedarf Mexico zwangsläufig zusätzlicher Mittel. Wachstum heißt zwar das Stichwort, mit dem die zusätzlichen Mittel erwirtschaftet werden sollen, doch bei den bestehenden ungünstigen binnenwirtschaftlichen und weltwirtschaftlichen Strukturen und dem anhaltenden Roh-

stoffpreisverfall, ist ein anhaltendes, sich selbst tragendes Wachstum nicht in Sicht.

Hilfe sollte hier der Baker-Plan bringen. Die auf der Jahreskonferenz von Währungsfonds und Weltbank in Seoul im Oktober 1985 von US-Finanzminister James Baker III. vorgeschlagene " integrierte Strategie " zur Lösung der Verschuldungsprobleme vieler Entwicklungsländer zielt darauf ab, daß in einer konzertierten Aktion:

- die wichtigsten Problemschuldner (15 Länder) sich verpflichten, wirtschaftspolitische Reformprogramme zur Mobilisierung ihres vollen Wachstumspotentials zu ergreifen,
- die westlichen Banken in den nächsten 3 Jahren an 15 hochverschuldete Länder mit mittleren Einkommen zusätzlich 20 Mrd.\$ neue Kredite gewähren, also ihre Obligos um 2 bis 3% aufstocken,
- die internationalen Entwicklungsbanken ihr Kreditvolumen zusätzlich um 9 Mrd.\$ ausweiten und ihre Zusammenarbeit mit IWF und Banken verstärken.

Obwohl anfänglich von vielen gutgeheißen, wächst die Skepsis diesem Plan gegenüber zunehmend. Sowohl von Seiten der Banken als auch bei den Schuldnern wird die Kritik immer lauter. Vor allem die europäischen und japanischen Banken sehen in diesem Plan kein Instrument zur tatsächlichen Bewältigung der Schuldenkrise. Sie befürchten vielmehr, daß dadurch schlechtem Geld noch Gutes nachgeworfen wird. Sie wollen mehr Konditionalität und eine stärkere Überwachung der Kredite haben, wie sie der Währungsfond bisher gewährleistetete.

" Im Endeffekt " so der Chefökonom der Interamerikanischen Entwicklungsbank, Willy van Ryckeghem, " dürfte die Baker Initiative darauf hinauslaufen sicherzustellen, daß die großen US-Banken ohne Unterbrechung ihre Zinsen bekommen. Da selbst mit der auf mehr Wachstum ausgerichteten Baker Initiative in den nächsten drei Jahren nur etwa die Hälfte des externen Finanzbedarfs der Schuldnerländer abgedeckt wird, können die gewünschten Wachstumstumsziele sehr wohl auf der Strecke bleiben ".

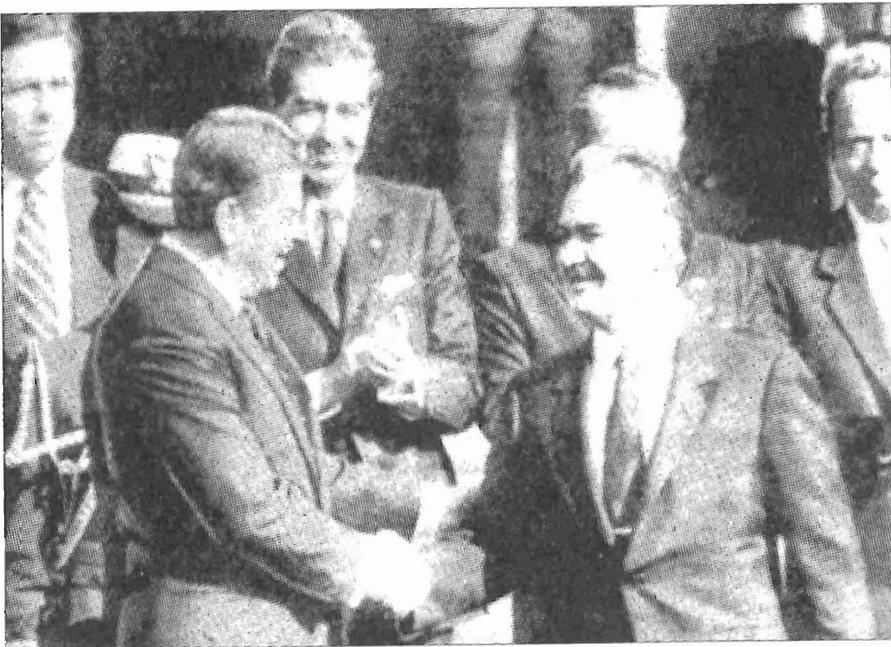
Nach Ryckeghem braucht Lateinamerika, das im Jahr um die 40 Mrd.\$ Zinszahlungen auf die Auslandsschuld aufzubringen hat, zur Sicherung einer durchschnittlich 4prozentigen Wachstumsrate auf mittlere Sicht jährlich etwa 28 Mrd.\$ internationale Netto-Kapitalzuflüsse. (21 Mrd.\$ Neukredite, 4 Mrd. \$ ausländische Direktinvestitionen und 3Mrd. \$ in sonstigen Zuflüssen.

Die Schuldnerländer, allen voran Mexico weisen daraufhin, daß die 30 Mrd.\$, die im Rahmen dieses Plans für die kommenden 3 Jahre den 15 Hauptschuldnerländern zur Verfügung gestellt werden am tatsächlichen Bedarf vorbeigehen und die Probleme der kleineren Schuldner völlig übergehen.

Silvas Absicht einen Zinsnachlaß oder eine Zinssenkung zu erreichen stieß in Washington auf taube Ohren. Hier zeigt sich das Di-

Lemma der amerikanischen Bankengesetzgebung, das der Umschuldungspolitik groteske Züge verleiht.

Daß die amerikanischen Banken auf die Zinszahlung solchen Wert legen, hängt mit der berühmt-berüchtigten 90-Tage-Klausel in den Vereinigten Staaten zusammen. Wenn Zinsen 90 Tage nach Fälligkeit nicht eingegangen sind, müssen Wirtschaftsprüfer den notleidenden Kredit untersuchen. Je nach Bewertung muß er dann teilweise oder schlimmstenfalls ganz abgeschrieben werden. Diese Situation ist sowohl für die Ertragslage als auch für das Ansehen der Banken auf den Kreditmärkten gefährlich, und sie weichen ihr dadurch aus, daß sie ihrem Schuldner neues Geld leihen. Damit kann er an sie die Zinsen für die alten Kredite zahlen.



Macht nix, Miguel, meine Schulden sind größer als Deine.

Deutsche oder andere Banken haben eine gleiche oder ähnliche Vorschrift nicht zu beachten. Sie stehen deshalb einer Herabsetzung der Zinsen auf ein für Mexico bezahlbares Niveau nicht so ablehnend gegenüber wie die amerikanischen Gläubiger. Würden etwa die Zinsen von ihrem derzeitigen Stand - etwa 8% - auf das Niveau von vor rund zehn Jahren - etwa fünf und ein halb Prozent - gesenkt, ergäbe sich allein für die Bankschulden der 15 im Baker Plan genannten Länder im Laufe von drei Jahren eine Devisenersparnis von schätzungsweise zwanzig Mrd.\$.. Das ist genausoviel, wie die privaten

Banken im Rahmen des Plans für diese 15 Länder bereitstellen sollten. Mexico allein würde rund 1,8 Mrd.\$ im Jahr sparen.

Silva würde - hätte er die Wahl - einen solchen Zinsnachlaß dem Baker Plan vorziehen, wenn er um den freien Zugang für mexikanische Exportgüter zu den Märkten der Industrieländer ergänzt würde. " Nur wenn reales dauerhaftes Wachstum erreicht wird, können die Schuldenprobleme für Schuldnerländer politisch akzeptabel gemacht werden. Und nur wenn wir uns den fundamentalen Fragen des Zinsniveaus und Freihandels zuwenden, könnten wir das Schuldenproblem wirklich lösen " (Jesus Silva Herzog).

ANGST VOR ECHTEN LÖSUNGEN

Die schwierige wirtschaftliche und finanzielle Situation Mexicos verstärkt auf die Dauer die Instabilität des Landes und führt sowohl zu einer Verschärfung der internen Konflikte als auch der Externen Probleme. Ein instabiles Mexico stellt nicht nur eine Bedrohung für die internationale Finanzwelt dar, sondern auch für die USA und die Weltwirtschaft.

Auch wenn Mexico sich in den letzten Jahren als Musterschüler gezeigt hat, kann daraus nicht gefolgert werden, daß es weiter so sein wird. Allmählich scheint auch Mexico die Grenze der Belastbarkeit zu erreichen. Die Beibehaltung der Anpassungspolitik, die Erschütterung durch das Erdbeben und der starke Ölpreisverfall haben die politischen Rahmenbedingungen erheblich verschlechtert.

In einer Fernsehansprache versicherte De la Madrid, Mexico werde auf der Basis des Dialogs und der Verhandlung mit den Banken sprechen und fügte hinzu: " Wir wollen keine Konfrontation ". Zur Lösung der Finanzkrise verlangt der Präsident auch " Opfer der Gläubiger ", als Mitverantwortliche an dem Prozeß. Er wandte sich gegen " radikale Lösungen " und sagte, er werde keine wirtschaftlichen Zugeständnisse machen, die die Souveränität Mexicos gefährden könnten.

Wann dies aber der Fall sein könnte, bleibt den Spekulationen überlassen. Es lassen sich eine ganze Reihe von Szenarios entwickeln, die zu einer derartigen Situation führen könnten. Angefangen von einer dramatischen innenpolitischen Verschärfung bis zu einem Militärputsch.

Da die nächsten Präsidentschaftswahlen 1988 bereits ihre Schatten vorauswerfen, gerät die mexikanische Regierung unter Zugzwang. keine Regierung geht gern mit einem Programm in den Wahlkampf, das den Wählern immer neue Opfer abfordert. Nachdem die letzten beiden Präsidenten sich durch spektakuläre Aktionen - Eccheverría enteignete kurz vor Ende seiner Amtszeit mehr als 100 000 ha. Land, um es den Landlosen und Kleinbauern zu übergeben, Portillo verstaatlichte wenige Monate vor Ablauf seiner Amtszeit die Banken - einen trium-

phalen Abgang verschafft hätten, darf man gespannt sein, was De la Madrid zu bieten haben wird.

Sollte sich die Verschuldungskrise bis zum Sommer 1988 weiter zuungunsten Mexicos entwickeln, wird er an einem Machtwort in puncto Verschuldung nicht vorbeikommen. Wenn der Musterknabe zum Prügelknaben wird muß man damit rechnen, daß dieser zurückschlagen wird, spätestens dann, wenn er sich in die Ecke getrieben fühlt.

Quellen: Die Zeit, Handelsblatt, Financial Times. Süddeutsche Zeitung, International Herald Tribune, Foreign Affairs, Foreign Policy, Neue Zürcher Zeitung

R
I
Q
U
E
Z
A



EL SALVADOR

Die FMLN am Guazapa

Gabi Gottwald war zum Jahreswechsel bei der salvadorensischen Guerilla am Guazapa. Obwohl die Ereignisse der jüngsten Zeit ihren Bericht etwas überholt haben (vgl. LN 146, S. 58 ff), halten wir ihn für sehr interessant und veröffentlichen daraus einige Passagen.

DIE POLITISCHE UND MILITÄRISCHE SITUATION DER FMLN

Neujahr treffe ich mit der Generalkommandantur der FMLN am Guazapa zusammen. Die meisten kannte ich bereits, weil ich längere Zeit in ihren Camps gewesen war oder sie gestern auf dem "Silvesterball" getroffen hatte, zu dem die PC-FAL (Partido Comunista - Fuerzas Armadas de Liberación - bewaffneter Arm der KP) alle Organisationen eingeladen hatte. Von der RN (Resistencia Nacional - eine der fünf Parteien der FMLN), der stärksten Organisation am Guazapa, war ihr "zweiter Mann", Ruben Rojas, da. Der zweite Vorsitzende der Kommunistischen Partei (PC), Americo Araujo, war vor weniger Zeit im Austausch mit der Tochter von Präsident Duarte aus dem Gefängnis entlassen worden und vertrat die FAL. Vertreter der FPL (Fuerzas Populares de Liberación - Partei der FMLN) war Facundo Guardado, der für seine Organisation am Dialog in La Palma und Ayagualo teilgenommen hatte. Claudio Armijo vertrat das ERP (Ejercito Revolucionario del Pueblo - Partei der FMLN) und Carmilio die PRTC (Partido Revolucionario de los Trabajadores de Centro América - Partei der FMLN).

Ich frage sie nach der militärischen Stärke der FMLN und den strategischen Veränderungen seit Ende 83/Anfang 84. Nach Ihren Aussagen befindet sich die FMLN keinesfalls in der Defensive, wie Armee und Regierung stets verlautbaren. Nach der militärischen Umstrukturierung 83/84, als es eine Zeit der Ruhe und Umstrukturierung hätte, seien sie jetzt in der Lage, mit Ausnahme von zwei Regionen (Sonsonante und Ahuchapan) im ganzen Land zu operieren. Seit 1985 hätten sie es geschafft, im Westen des Landes, im politisch schwierigsten Teil El Salvadors, die 5. Front aufzubauen (frente occidente). Vom Guazapa aus sei es möglich, mit der FMLN das ganze Land zu durchlaufen, von einer kontrollierten Zone zur anderen. Das Militär sei weder politisch noch militärisch in der Lage, die Kontrolle zu behalten. Seit der Abkehr vom Krieg der direkten Konfrontation hätte eine systematische Effektivierung der eigentlichen Guerillastrategie stattgefunden. Sie operieren in kleinen Einheiten, die über's ganze Land verteilt sind,

sich eben auch im Hinterland des Feindes aufhalten und ihm täglich Verluste zufügen. Verschleißkrieg, bei dem die FMLN mit geringerer Logistik sehr effektiv sei, im Gegensatz zur Armee, die mit zunehmendem technischen Aufwand nur geringe militärische Erfolge vorzuweisen hätte. So seien kleine Einheiten der FMLN in der Lage, über die Verminung von Hin- und Rückwegen ganze Bataillone der Armee festzuhalten. 1985 hätte die FMLN der Armee mehr als 6'000 Verluste zugefügt, das seien 10% der Soldaten. Die Armee sei sehr demoralisiert. Bei großen Operationen weicht die FMLN ihr aus, um Verluste zu vermeiden. Die Angst vor Minen und Hinterhalten sei so groß, daß es häufig zu Befehlsverweigerungen in der Armee käme.

Strategische Angriffsziele für die FMLN seien große Truppenkonzentrationen des Militärs, denen sie sich nicht frontal stellen, sondern Hinterhalte legen und deren Mobilisation sie ver-



hindern, sowie kleine Militärposten, um den Feind zu verunsichern und Gewehre zu erbeuten. Ebenso fänden weiterhin strategische Großangriffe, wie der Überfall auf die Kaserne in La Union, unter Einsatz der FMLN-Bataillone statt.

Die Umstellung auf kleine Guerilla-Einheiten habe zudem politische Fortschritte gebracht, da der Kontakt zur Bevölkerung verbessert worden sei und wieder größeres Gewicht auf politische Mobilisierung gelegt würde.

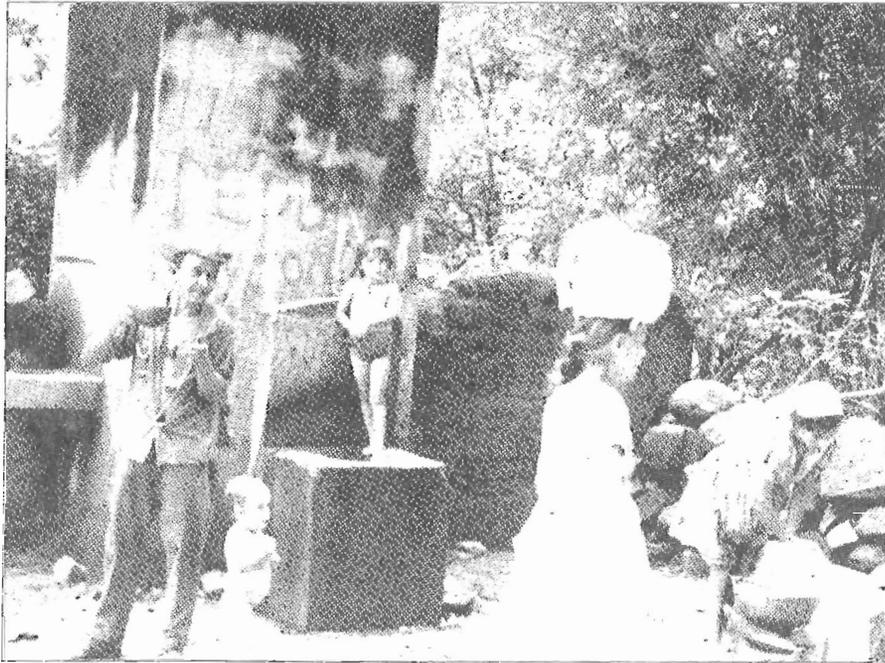
Doch nicht nur der militärische Verschleißkrieg sei sehr erfolgreich, auch die wirtschaftliche Schwächung des Landes durch Sabotage habe durch die Aktionen der FMLN zugenommen. Gegenüber 1984 haben sich die Sabotageaktionen vervielfacht. Meine überaus große Skepsis gegenüber der Wirtschaftssabotage als Mittel des Krieges hatte sich bereits durch vorherige Diskussionen herumgesprochen, sodaß meine Frage sie nicht überraschte, ob die Sabotage nicht politisch kontraproduktiv sei, da auch Teile der Bevölkerung betroffen seien.

Bereits Tage zuvor hatten mir fünf Kommandanten aus der nationalen Leitung der RN erklärt, daß es für die FMLN unverzichtbar sei, die Wirtschaft - besonders im agrarischen-oligarchischen Bereich - zu schwächen, da die Exportwirtschaft großen Anteil an der Finanzierung der Kriegsökonomie habe. 70% des Staatshaushalts gingen direkt oder indirekt in die Kriegsfinanzierung, weswegen besonders die Bereiche des Exports wie Kaffee, Baumwolle und Zucker strategische Objekte seien. Auch die Lahmlegung des Transportwesens in Erntezeiten, besonders im Osten des Landes, trägt zur Verhinderung der Kriegsfinanzierung bei. Es sei richtig, daß häufig auch die Bevölkerung von der Wirtschaftssabotage betroffen sei. So würde bei Sprengungen von zentralen Elektrizitätsposten häufig auch kurze Zeit der Strom für die Zivilbevölkerung ausfallen, was nicht zu umgehen sei und von vielen auch verstanden würde. Die große Masse der Armen auf dem Land sei allerdings nicht davon betroffen, da sie sowieso kein Licht hätten.

EXISTIERT DIE GEFAHR EINER DIREKTEN US-INTERVENTION?

Die FMLN rechnet mit einer Ausweitung des Luftkrieges, da ihrer Meinung nach offensichtlich ist, daß die Armee nicht in der Lage ist, die FMLN militärisch zu schwächen. Die US-counter-insurgency-Politik ist laut FMLN zum Großteil gescheitert. Der 'Plan mil', der Aufbau von strategischen Dörfern am Rande der Konfliktgebiete sei von der FMLN vereitelt worden. Der Kontakt der FMLN zur Bevölkerung könne nicht unterbunden werden. Aus diesen und anderen Gründen seien Bedingungen geschaffen worden, die eine direkte Intervention der USA notwendig machen können. Trotz der Verstärkung des Luftkrieges sei es nicht möglich, die FMLN ohne eine starke Infanterie zu schlagen. Die FMLN könne militärisch einer direkten Invasion der USA nie standhalten, aber sie könne ihrerseits Bedingungen schaffen, die die USA von einem solchen Schritt abhalten. Je stärker die Bevölkerung die FMLN politisch unterstütze und je mehr Leute indirekt in Selbstverteidigungsstrukturen integriert werden, desto geringer sei das Risiko einer US-Intervention, da auch die USA wüßten, daß sie in einem solchen Fall nicht nur der FMLN gegenüberständen, sondern großen Teilen der Bevölkerung schlechthin. Die

politischen Kosten einer Invasion unter solchen Bedingungen seien größer, als die in Vietnam.



WIRD ES NEUTRALE ZONEN FÜR DIE ZIVILBEVÖLKERUNG GEBEN?

Seitens der Kirche und anderer Nicht-Regierungsorganisationen sowie von Flüchtlingen selbst wird die Diskussion um die Schaffung von neutralen Zonen forciert, in denen keine der beiden militärischen Parteien präsent ist. Geplant ist die Wiederansiedlung und Rückführung der Flüchtlinge unter Aufsicht nationaler und internationaler Hilfsorganisationen. In der Diskussion ist die zerbombte Stadt Tenancingo. Die FMLN unterstützt die Bestrebungen zur Rückführung der Flüchtlinge. Ihrer Meinung nach gibt es vereinzelt Wiederansiedlungen und den starken Willen der Flüchtlinge, wieder in ihre Gegend zurückzukehren. Was die Flüchtlinge laut FMLN brauchen, ist die Garantie, daß sie wirklich zurückgehen können, was bedeutet, eine Garantie, daß es in den jeweiligen Regionen nicht zu militärischen Auseinandersetzungen kommt. Die FMLN kann die Garantie geben, daß sie dort nicht militärisch präsent ist, wo keine Armee ist. Aber wie die Diskussion um das Beispiel Tenancingo zeige, sei die Armee nicht bereit, solche Konditionen einzugehen. Der Vorschlag der Armee sei gewesen, daß sie in Tenancingo einen Militärposten behalte, was für

die FMLN bedeute, daß auch sie dort präsent ist, womit der Plan der neutralen Zone nicht realisierbar sei. Bisher gäbe es keine Anzeichen, daß die Armee bereit wäre, neutrale Zonen zuzulassen. Im Gegenteil. Erklärte Strategie sei die Politik der verbrannten Erde und der ständigen Bombardierungen, um die Bevölkerung aus den Regionen zu vertreiben, wo auch die FMLN operiert. Die größten Opfer durch die Art der Kriegsführung hätte eben die Zivilbevölkerung und nicht die FMLN zu tragen. Eine Verbesserung für die Zivilbevölkerung und die Schaffung neutraler Zonen könnte nur über die Stärkung des internationalen Drucks auf die salvadoreanische Regierung erreicht werden.

DIE EINHEIT DER FMLN WÄCHST

Nicht nur im Gespräch mit der regionalen Leitung der FMLN am Guazapa, sondern auch in den Tagen zuvor war mir aufgefallen, daß es sowohl in den politischen Diskussionen als auch in den praktischen Aktivitäten zwischen den fünf Organisationen der FMLN große Annäherungen gibt. Entgegen meinen Erwartungen war ich selbst von Organisation zu Organisation rumgereicht worden, was für die FMLN selbstverständlich zu sein schien.



Mitte 1985 habe es ein Treffen der nationalen Leitung der FMLN gegeben, auf dem von allen Organisationen die stärkere Zusammenarbeit und Vereinheitlichung der politischen und militärischen Aktivitäten der FMLN beschlossen worden sei. Das militärische Ziel sei die Bildung einer einheitlichen Front, politisch das einer Gesamtpartei. Regional sei der Guazapa nach Organisationen aufgeteilt, was jedoch durch eine sektorale Schwerpunktsetzung für die jeweiligen Organisationen durchbrochen würde. So würden je nach Voraussetzungen von den einzelnen Organisationen Spezialaufgaben wahrgenommen, von denen alle Gebrauch machten. Eine Organisation macht Spezialkurse für Minenbau, eine unterhält eine Explosivwerkstatt, eine ist für Propaganda zuständig, die andere für die medizinische Betreuung.

Bisher habe jede Organisation auf nationaler Ebene ein Ausbildungslager unterhalten, mit unterschiedlichen Ausbildungsprogrammen. Ziel sei es jetzt, die Ausbildung für alle Organisationen zu vereinheitlichen. In Santa Ana gäbe es bereits ein einheitliches Ausbildungscamp für alle Organisationen. In Morazan existiere seit geraumer Zeit eine gemeinsame Kommandantur zwischen dem ERP und der RN.

Der Überfall auf die Kaserne in El Paraiso im Dezember 1983 sei die erste koordinierte Aktion unter der Beteiligung verschiedener Organisationen gewesen. Heute würden größere Aktionen in der Regel mit allen Organisationen durchgeführt, wobei jeder Organisation eine spezielle Aufgabe zufällt. Hin und wieder gäbe es bei Operationen auch gemischte Einheiten.

In den jeweiligen Camps der verschiedenen Organisationen war zu beobachten, daß häufig Compas von anderen Organisationen dort übernachten und versorgt werden. Im Gespräch mit den Leuten in den Camps wurde mir gesagt, daß diese Entwicklung relativ neu sei. Vor noch einem Jahr sei die Trennung zwischen den Organisationen viel rigider gewesen und das Organisationsdenken sehr dominant.

Während der Fußmärsche zwischen den Camps gab es oft Compas von anderen Organisationen, die sich anschlossen. Ich hatte oft den Überblick verloren, wer von welcher Organisation ist. Untereinander kannten sie sich. Es gibt viele Freundschaften zwischen den Organisationen, Verwandtschaften und die Liebe, die alle Grenzen sprengt.

DIE MEDIZINISCHE VERSORGUNG

Die PC-FAL leitet das "Krankenhaus" am Guazapa, von wo aus die regionale Versorgung organisiert wird, in die alle Organisationen eingeschlossen sind und ebenfalls die Betreuung der Zivilbevölkerung in der Umgebung. Die Behandlungen im kurativen Bereich sind nach Auskunft der Mitarbeiter und Mitar-

beiterinnen des Krankenhaus-Teams im letzten Jahr zurückgegangen, da die Anzahl der Verletzten durch die Umstellung der militärischen Strategie innerhalb der FMLN reduziert worden sei. Von daher sei mehr Zeit zur Verfügung, um innerhalb der FMLN einen größeren Schwerpunkt auf die Ausbildung von medizinischen Brigadisten zu legen, die im präventiven Bereich tätig sind.

Da die Anzahl normaler Krankheitsfälle sehr hoch sei (Erkältungskrankheiten, Durchfall, etc.) und es auch im kurativen Bereich an Ärzten fehle, soll 1986 eine "Schule" zur Ausbildung von Brigadisten, Krankenpflegern und auch Anästhesisten gegründet werden.

Wenn die Armee nicht in den Regionen ist, wo die Zivilbevölkerung lebt, übernehmen die Ärzte und Brigadisten die Konsultation der Bevölkerung. Es fehlt jedoch nicht nur an Personal, sondern vor allem an Medikamenten. Die Guerilla selbst wird weitgehend mit Malariaprophylaxe versorgt, für die Bevölkerung reicht es jedoch nur in Ausnahmefällen. Da in weiten Gebieten weder das Rote Kreuz Zugang hat, noch Medikamente in größeren Mengen klandestin in die Region gebracht werden können, existiert eine chronische medizinische Unterversorgung. Die FMLN allein könne diese nicht beheben. Es sei unbedingt notwendig, daß Organisationen wie das Internationale Rote Kreuz u.a. die Zutrittserlaubnis für die kontrollierten Zonen erhalten und eine medizinische Notversorgung gewährleisten. Ohne internationalen Druck auf die salvadoreanische Regierung seien jedoch solche Veränderungen wohl nicht zu erreichen.

Das "Krankenhaus" selbst ist insoweit eine mobile Einrichtung, als jeweils bei militärischen Operationen sowohl die Geräte als auch die Verletzten zu einem anderen Ort gebracht würden. Bei dem letzten Angriff der Armee auf das "Krankenhaus" am 21./22. 11. 1985 sei dies jedoch nicht gelungen. Zwei Verletzte seien von der Armee umgebracht worden. Ebenso sei die Leiche eines achtjährigen Jungen aufgefunden worden, der zur FMLN gehörte. Die Armee hatte ihm die Hände und Füße abgeschnitten und die Haut abgezogen.

Flächenbombardierung des eigenen Landes — Mord, Folter und Verschwindenlassen in den Städten

Nach der Wahl des Christdemokraten Napoleon Duarte 1984 zum Präsidenten versprach dieser eine Verbesserung der Menschenrechte und eine Agrarreform. Zur Zeit sind ca. 1,5 der 5 Millionen Einwohner El Salvadors auf der Flucht, davon ca. 800'000 im Land selbst. Weite Teile des Landes werden bombardiert; sie sind fast menschenleer; die Landwirtschaft liegt brach - bis auf Teile des Kaffeeanbaus; eine Agrarreform gibt es nicht. Flor Maria Diaz, Mitglied eines Flüchtlingskomitees der Hauptstadt San Salvador und Laura Pinto von COMADRES, einer Organisation der Mütter und Angehörigen von Ermordeten, Verschwundenen und Gefangenen in San Salvador, waren im Frühjahr auf einer Rundreise durch Europa, die mit einer Information im Europa-Parlament endete. Die folgenden Berichte sind aus ihren Beiträgen bei einer Veranstaltung des El Salvador-Komitees in Bochum und weiteren Gesprächen zusammengestellt.

Ich heiße Flor Maria Diaz, bin 37 Jahre alt und Schneiderin. Ich verdiene ca. 300 Colones im Monat, je nachdem wieviel ich schaffe. Ich arbeite oft nachts, damit ich tagsüber meine Familie versorgen kann und die Arbeit im Komitee machen kann. Ich habe 4 Kinder, die alle noch zur Schule gehen.

Das Komitee für Flüchtlinge und Vertriebene besteht seit ca. 2 Jahren. Wir kümmern uns um die Versorgung der Flüchtlinge mit Lebensmitteln, Kleidung und Medikamenten. Unser Hauptanliegen ist die Rücksiedlung der Flüchtlinge in Gebiete, aus denen sie gekommen sind, damit sie dort wieder arbeiten und sich selbst versorgen können. In San Salvador gibt es keine Arbeit; und das Überleben ist sehr schwierig.

Es gibt verschiedene Organisationen, von denen Flüchtlinge Hilfe erhalten können, wie das Internationale Rote Kreuz, die evangelische und die katholische Kirche und auch die staatliche Organisation FUNDACAL.

Viele Flüchtlinge bemühen sich darum, bei Verwandten und Freunden unterzukommen, aber die meisten sind selbst arm, sind arbeitslos und haben keinen Platz. Einige haben sich in der Nähe der Eisenbahn auf ungenutztem Gelände Hütten aus Brettern und Pappkarton gebaut und leben dort ohne Was-

serleitung und Kanalisation unter miserablen hygienischen Bedingungen. Viele leben auch in Lagern. Aber dort sind sie der staatlichen Repression ausgesetzt. Es gibt oft Durchsuchungen und Festnahmen, weil die Nationalgarde oder die Haziendapolizei dort die Guerilla vermutet. Deshalb leben dort fast nur Frauen und Kinder und ganz alte Leute. Gerade auf dem Lande sind 10 Kinder in der Familie keine Seltenheit. Gegen diese Repression gibt es - außer von den Betroffenen - kaum Proteste. Manchmal spricht sich der Erzbischof in seinen Hirtenbriefen dagegen aus, aber das ist alles sehr allgemein; eine konkrete Anklage wird nicht gemacht.

Das Flüchtlingsproblem ist sehr gewachsen in der letzten Zeit; und selbst wenn der Krieg im Lande aufhört, besteht das Problem weiter. Denn die Leute haben ja nur das Bißchen, was sie anhaben; sie haben kein Land, keine Häuser, kein Saatgut, keine Lebensmittel für die Zeit bis zur Ernte, keine Decken, keine Kleider, nichts.

Schon jetzt sind Tausende von Flüchtlingen schlecht versorgt. Die Notunterkünfte (Hütten oder Zelte) sind feucht, es gibt zu wenig Lebensmittel, die Ernährung ist einseitig und schlecht, die hygienischen Verhältnisse sind eine Katastrophe, weil es kaum sanitäre Anlagen gibt und kein sauberes Trinkwasser. Viele Kinder sind krank und haben Parasiten; wenn es eine Epidemie gibt, breitet sie sich schnell aus und alle bekommen sie. Wir haben kaum Medikamente, kaum ärztliche Versorgung.

Leider haben unsere Anstrengungen dagegen nur geringen Erfolg. Die Flüchtlinge wollen natürlich zurück auf ihr Land, wo sie herkommen. Das Elend ihrer Situation ist sehr deprimierend für die Leute und sie kommen mit diesem Leben nicht klar.

"ALLEIN DAS LEBEN AUF DEM LAND ..."

Die Bauern flüchten vom Land, weil sie durch die Bombardierungen bedroht sind, ihre Ernte und ihre Häuser zerstört sind und sie durch die Durchsuchungen (die Armee durchkämmt nach den Bombardierungen ganze Landstriche) eingeschüchtert sind. Diese Bombardierungen und diese Durchsuchungen betreffen alle und sind gegen die Bevölkerung gerichtet. Die Armee sagt, das geschieht nur dort, wo Guerilla ist, aber es geschieht überall. Allein das Leben auf dem Land und der Anbau von Nahrungsmitteln gilt schon als subversiv, weil man verdächtigt wird, Nachrichten zu überbringen und die Nahrungsmittel der Guerilla zu geben. Das ist der Vorwand, um das Haus zu bombardieren.

Dann flüchten die Bauern. Wer sich nicht vertreiben läßt, der wird von der Armee für einen Guerillero gehalten. Der wird

dann gefangengenommen; auch Kinder werden gefangen genommen. Die Repression auf dem Lande hat sehr zugenommen; immer mehr Landstriche werden bombardiert und die Bauern zur Flucht gezwungen. Viele versuchen, außerhalb der Lager klar zu kommen. Sie verkaufen irgendetwas, Früchte oder einzelne Zigaretten.

Unser Komitee hat im Jahre 1985 versucht, 60 Familien wieder im Osten auf dem Land anzusiedeln. Wir wollten sie in der ersten Zeit mit Lebensmitteln versorgen und haben einen Lastwagen voll geschickt. Aber das Militär hat die Lebensmittel und den Lastwagen beschlagnahmt und die Fahrer mitgenommen. Die Fahrer sind zwar nach 5 Tagen auf unseren Protest hin freigelassen worden, aber die Lebensmittel und vor allem den Lastwagen hat das Militär behalten. Es hat gesagt, wir würden damit die Guerilla unterstützen. Die Familien konnten sich ohne unsere Unterstützung nicht halten und sind wiedergekommen. Seit Dezember 1985 bombardiert das Militär jetzt dieses Gebiet und hat seither nicht aufgehört. Sie bombardieren jedes Haus auf dem Land, weil sie sagen, das ist ein Stützpunkt der Guerilla. Keine Familie auf dem Land hat dort noch ein intaktes Haus.

Im Dezember hatte die Guerilla zu Weihnachten einen Waffenstillstand angeboten und gesagt, daß sie keine Aktionen machen wird. Aber das Militär hat trotzdem bombardiert. In einem kleinen Dorf im Osten haben sie Weihnachten gefeiert, da hat die Armee Bomben geworfen und sie haben drei Leute getötet. Auch ein Mädchen von 7 Jahren war dabei. In Morazan haben die Bomben 7 Häuser getroffen. Gerade zu Weihnachten gab es sehr viele Tote unter der Zivilbevölkerung.

Sie bombardieren jeden Tag. Wir können es hören, weil die Flugzeuge mit den Bomben in San Salvador starten und über die Stadt fliegen. Es sind amerikanische Bomben und eine Bombe hinterläßt einen Krater von 25m Durchmesser. Es ist nicht möglich auf dem Land zu leben, wenn sie bombardieren.

Wo wir das Land herbekommen, wo sich die Leute wieder ansiedeln? Es gibt sehr viele verlassene Haziendas. Wir kennen das Land und wissen, wo Land verlassen ist und brach liegt. Das Land gehört uns nicht, wir besetzen es. Aber dort will sowieso niemand leben. Es ist noch niemand gekommen und hat gesagt, das Land gehört euch nicht, ich will es wieder haben, weil sowieso niemand das Land nutzen kann wegen der Bombardierung. Wir bitten dann die katholische Kirche um Schutz und Vermittlung, daß sie der Armee sagt, hier, das sind Flüchtlinge, die wollen hier nur leben. Aber trotzdem hat die Armee keinen Respekt vor dem Leben.

Die katholische Kirche hat sogar extra Land gekauft, um dort Leute wieder anzusiedeln. Aber trotzdem hat die Armee keinen Respekt vor dem Leben und bombardiert auch dieses Land.

Es gibt den "plan mil" (Das ist ein Befriedungsprojekt, bei dem Bauern auf staatlichem Land angesiedelt werden sollen und dort vom Staat mit Lebensmitteln, Kleidung, Saatgut etc. versorgt werden sollen. Aber dafür sollen sie eine Art Bürgerwehr aufstellen und "ihr" Land selbst von der Guerilla säubern. Der Plan stammt aus den Erfahrungen mit vietnamesischen Wehrdörfern der CIA).

Da gibt die amerikanische Botschaft Geld für Flüchtlinge. Aber die kriegen das Geld nicht. Es verschwindet in der Bürokratie in El Salvador. Ab und zu haben sie schon mal Kleidung und Haushaltsgegenstände geschenkt und in die Lager gebracht. Aber der Rest verschwindet bei der Polizei, insbesondere Lebensmittel. Auch Lebensmittel der EG verschwinden in der Polizei und der Armee. Wir haben die Kisten mit EG-Aufschrift gesehen, aber die Flüchtlinge haben davon nichts bekommen.

Es gibt auch eine staatliche Organisation für die Flüchtlinge CONADES. Aber sie helfen nur den Flüchtlingen, wenn sie ein Haus oder eine Hütte zum Leben haben. Und sie überprüfen die Bedürftigkeit und kontrollieren damit die Familien. Wir haben vor fünf Monaten für zehn Familien Anträge gestellt. Seitdem haben wir nichts mehr gehört. CONADES arbeitet mit dem Militär zusammen. Sie fragen die Leute, ob sie Familienmitglieder in der Guerilla haben. Und sie sagen, daß sie Lesen und Schreiben lehren, aber sie lehren nur, wer Terrorist ist, wer Guerilla und wer subversiv. Das lehren sie, mehr nicht. Sie interessieren sich auch für die Kontakte und Verbindungen der Leute. Es sind auch schon Leute bei der Antragstellung verhaftet worden. Die zehn Familien, für die wir die Anträge gestellt haben sind aber alles Frauen mit kleinen Kindern. Sie leben in Papphütten an der Eisenbahn. Aber sie haben von CONADES nichts bekommen!

"... UND DER ANBAU VON NAHRUNGSMITTELN IST SUBVERSIV."

Es ist sehr schwer für uns. Viele Leute bitten um Hilfe; aber wir haben kaum etwas und können kaum etwas geben.

Es gibt kaum einen Flüchtling, der nicht mißhandelt oder gefoltert wurde von der Armee, und viele Frauen sind vergewaltigt worden. Wir haben die Aussagen von den Flüchtlingen bei uns im Büro. Eine Frau ist von 50 Soldaten vergewaltigt worden, damit sie ihre Eltern denunziert. Eine junge Frau ist von einem Chef (der Armee) behalten worden. Er hat sie mehrfach vergewaltigt und dann nackt dem Roten Kreuz übergeben. Die haben sie eingekleidet und uns übergeben. Aber das Rote Kreuz hilft nicht immer. Eine Frau war angeschossen worden. Die Armee hat sie vergewaltigt, 5 Tage gefangen gehalten und dann verschleppt. Sie wurde vom Roten Kreuz gefunden und uns übergeben. Gerade für junge Frauen besteht die Gefahr, daß sie gefangen gehalten werden für den Chef.

Wir haben aber auch ein Kind, einen Jungen von 15 Jahren. Den hat das Militär auf dem Land gefangen. Sie haben ihn in einen Hubschrauber geschleppt, damit er ihnen die Verstecke der Guerilla verrät. Dann haben sie ihn aus dem fliegenden Hubschrauber geworfen.

1983 hat die Armee unter den Bauern in Morazan ein Massaker gemacht und 300 Leute ermordet. Die Bauern sind so naiv. Sie glauben, wenn sie nichts mit der Guerilla zu tun haben, passiert ihnen nichts. Aber das ist nicht wahr! Heute gibt es keine großen Massaker mehr auf dem Land, weil es keine Dörfer und keine großen Ansammlungen von Leuten gibt. Aber die Verhaftungen, die Folter und das Verschwindenlassen geht auch in der Stadt weiter.

Unser Komitee bekommt Geld und Lebensmittel etc. vom Roten Kreuz und von den Kirchen, aber es reicht nicht. Wir Frauen arbeiten aber alle freiwillig und ehrenamtlich.

Aber auch das Komitee ist der Repression durch Militär und Polizei ausgesetzt. Im Dezember sind 8 Frauen und ein Mann des Komitees festgenommen worden. Wir wissen, daß sie gefoltert werden, denn alle Gefangenen werden gefoltert. Wir wissen nicht, wo sie sind. Wir haben oft gefragt, aber die Polizei sagt, wir haben sie nicht und schickt uns zur Nationalgarde. Die sagt, wir haben sie nicht und schickt uns zur Hazienda-Polizei. Die sagt, wir haben sie nicht und schickt uns wieder weg. Sie lügen, aber was können wir dagegen tun?

In meiner eigenen Familie habe ich sieben Opfer der staatlichen Repression. Zwei sind ermordet, zwei sind verschwunden, drei im Gefängnis gewesen. Alle sind im Gefängnis gefoltert worden. Meine Schwester ist von der Armee getötet worden. Mein Lebensgefährte ist 1982 vom Militär ermordet worden. Der Sohn meiner Schwester ist im Alter von 15 Jahren verschwunden. Meinen Mann hat man mit Folterspuren am Körper tot aufgefunden. Mein Kind ist festgenommen und vergewaltigt worden. Eine Nichte und ein anderer Verwandter sind festgenommen und gefoltert worden. Wir haben sie aber freikaufen können. Es gibt Korruption in der Regierung und wir haben 8000 Colones bezahlt, um sie freizubekommen. Ich verdiene nur 300 Colones. Das reicht kaum zum Leben, aber wir haben mehr als zwei Jahresverdienste bezahlt, um sie freizubekommen. Wir haben uns hoch verschuldet, und wissen nicht, wie wir die Schulden zurückzahlen sollen. (8000 Colones entsprechen etwa DM 2300,-).

Wir wollen mit dieser Reise diese Situation öffentlich machen. Wir brauchen Hilfe, nicht nur Geld, Lebensmittel, Kleidung, sondern auch den internationalen Druck, damit die Bomben, die Morde, die Folter aufhören.



Ich heiße Laura Pinto, bin 34 Jahre alt und Hausfrau. Ich habe 5 Kinder im Alter von 5 bis 20 Jahren.

COMMADRES hat sich am 24. 12. 1977 gegründet. Der Hintergrund war die wachsende Zahl von Ermordeten, Verschwundenen und Gefangenen in El Salvador. Die Angehörigen haben einzeln nach ihren Familienmitgliedern gefragt und gesucht, ohne Erfolg. Der Erzbischof von El Salvador, Monsignor Oscar Arnulfo Romero hat dann zu gemeinsamem Handeln aufgerufen und uns seine Unterstützung und Hilfe zugesagt. Weihnachten 1977 haben wir uns zusammengeschlossen, und ein Jahr später waren wir schon 70 Angehörige, hauptsächlich Mütter.

Wir haben dann Demonstrationen organisiert, haben Kundgebungen vor den Botschaften - der US-Botschaft - veranstaltet. Wir haben drei Monate lang die Geschäftsstelle des Internationalen Roten Kreuz besetzt und dort einen Hungerstreik gemacht, um unserer Forderung nach Aufklärung über das Schicksal unserer Angehörigen Nachdruck zu verleihen und Öffentlichkeit darüber herzustellen.

1978 sind 20 Gewerkschafter festgenommen worden, unter ihnen auch mein Mann. Dank der Arbeit des Komitees und der Unterstützung durch Rechtsanwälte, die nationale und die internationale Presse haben wir sie Monate später wieder frei bekommen.

Damals sind wir auch nach Costa Rica gefahren, wo ein Zusammentreffen von Menschenrechtsorganisationen war, der Rat für Freiheit. Dort wurden die Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua unter Somoza, in Haiti unter Duvalier und auch in El Salvador angeklagt. Wir haben die Zeugenaussagen verlesen über die Umstände der Festnahme, der Folter und der Ermordung durch die Nationalgarde in El Salvador. Nach diesem internationalen öffentlichen Auftritt waren auch die Mitglieder des Komitees der Repression ausgesetzt. Eine von uns wurde auf dem Markt festgenommen. Die Armee hat gesagt, sie habe sie nicht festgenommen. Wir haben dann sofort die Kathedrale besetzt und ihre Freilassung gefordert. Da hat die Armee zugegeben, daß sie sie doch hat. Aber sie haben gesagt, Grund der Festnahme sei, daß sie bei ihrem Arbeitgeber, bei dem sie als Dienstmädchen gearbeitet hat, geklaut habe. Aufgrund unseres Drucks wurde sie dann freigelassen.

Die Regierung hat auf uns so reagiert: zuerst haben sie gesagt, uns gebe es garnicht, COMMADRES existiere gar nicht. Dann wollten sie ein Gespräch mit uns. Wir sind dorthin gegangen und haben als erstes eine Liste mit Namen von Verschwundenen abgegeben und gefragt, wo die Leute sind. Da haben sie erst gar nicht mit uns gesprochen. Wir haben dann auf dem Platz der Freiheit in San Salvador eine Kundgebung und einen Hungerstreik gemacht. Da hat Duarte seiner Natio-

nalpolizei den Schiebefehl gegeben; drei Mütter sind schwer verletzt worden. So sieht sein Dialogangebot aus!

1978 war auch eine große Demonstration von Landarbeitern und Kleinbauern, um die Agrarreform zu fordern, die Duarte bei der Wahl versprochen hatte. Die Polizei hat das Feuer auf die Demonstranten eröffnet. Viele Demonstranten sind dann in die Kirche Rosaria geflüchtet. Da kam das Militär auf Lastwagen und wollte die Kirche stürmen. Der Erzbischof hat interveniert. In den nächsten 7 Tagen kamen sie immer wieder mit Maschinengewehren, um uns einzuschüchtern. Mit Hilfe des Roten Kreuzes und der Menschenrechtsorganisationen haben wir dann die Kirche verlassen können. Dadurch haben wir auch ein Kommunique im Fernsehen verlesen können. Daraufhin haben wir auch ein Gespräch mit der Regierung bekommen, bei dem die nationale und internationale Presse und das Fernsehen anwesend war. Die Regierung hat dann so getan, als wüßten sie nichts von den Verschwundenen und hat versprochen, die Sicherheitskräfte zu fragen, ob sie bei ihnen gefangen sind. Sie haben uns dann die Gefngniszellen gezeigt. Die waren leer - es war noch nicht mal ein Betrunkener darin. Wir wußten aber, daß im Keller noch Zellen sind. Die wollten sie uns nicht zeigen und haben verboten, darüber zu sprechen. Es war aber die Presse dabei, und deshalb sind ihre Lgen auch in die Öffentlichkeit gekommen. Dann hat die Regierung das Gespräch abgebrochen.

Wir haben auch eine Aktion gemacht, in der wir die Bevölkerung aufgefordert haben, Zeugenaussagen abzugeben über die geheimen Friedhöfe der Armee. Wir haben viele Informationen bekommen. Wir hatten auch einen Richter dabei und haben die Exhumierung vorgenommen. Viele Mütter haben ihre Kinder erkannt, an den Resten der Kleidung, den Schuhen Die Toten wurden dann auf dem Zentralfriedhof beigesetzt.

Seitdem steht das Komitee unter stndiger Militrbewachung. Zwei Bombenanschläge sind auf unser Büro verübt worden. Sie haben uns eine verstümmelte Leiche ohne Kopf vor die Tür gehängt. Wir mußten uns auf der Straße treffen, da das Büro nicht mehr sicher war.

Der Erzbischof hat uns dann ein kleines Haus für unsere Arbeit zur Verfügung gestellt. Dort konnten wir Zeugnisse aufnehmen über Verschwundene und Ermordete, die Meldungen der Angehörigen, und damit eine Öffentlichkeitsarbeit machen. Die Todesschwadronen haben uns dann eine Warnung geschickt: wir sollten die Arbeit einstellen und die Presse nicht mehr informieren, sonst würden sie uns ermorden. Wir haben nicht aufgehört.

15 Tage später wurde eine Frau unseres Komitees entführt. Sie wurde mit brennenden Zigaretten gefoltert, vergewaltigt

und verschleppt. Bauern haben sie dann gefunden: sie war geknebelt und an die Zugschienen gefesselt und verdankt ihr Leben nur dem Zufall, daß die Bauern sie so früh gefunden haben. Eine andere Frau des Komitees wurde vor den Augen ihrer Kinder vergewaltigt und mit dem Bajonett in die Geschlechtsteile gestochen.

Am 24.3.1980 wurde der Erzbischof Monsenor Oscar Arnulfo Romero in der Kirche erschossen. Die Mörder sind bis heute nicht gefaßt, wir wissen aber, wer dahinter steckt und die haben natürlich kein Interesse, ihre Söldner zu verhaften. Wir haben unser Komitee nach diesem mutigen Mann benannt und fordern, daß sein Todestag zum nationalen Feiertag wird.

Mein Mann wurde 1982 gefangen. Wir haben ihn später mit Foltermalen am ganzen Körper tot aufgefunden. Wir haben aber mit unserer Arbeit nicht aufgehört.

"DIE REPRESSION GEGEN UNS LÄSST NICHT NACH"

1983 haben wir trotz Demonstrationsverbot - es war Ausnahmezustand - Kundgebungen und einen Sitzstreik vor der Botschaft der USA gemacht, vor der Nationalversammlung, dem Justizpalast und dem Präsidentenpalast. Wir haben eine Amnestie für die Gefangenen gefordert. Es gibt viele Gefangene, die ohne Verfahren, ohne Anklage, seit 4 bis 5 Jahren im Gefängnis sitzen. Wir haben zusammen mit der Organisation der Gefangenen COPEs bessere Haftbedingungen gefordert, ausreichendes Essen, medizinische Versorgung und Besuchsmöglichkeit für die Gefangenen. Einige der Angehörigen sind beim Besuch festgenommen worden und verschwunden. Deshalb verbreitet die Regierung und die US-Botschaft, daß wir auch Guerilla sind und der FMLN angehören.

Aber das ist nichts neues: Die Regierung ist so zynisch: entweder sie sagen, wir haben deinen Mann, deinen Bruder nicht. Der ist nur abgehauen, weil er eine neue Frau hat. Oder sie sagen, wir haben nichts damit zu tun, er ist ja von Zivilisten gefangen worden. Aber einige Leute, die von den Todesschwadronen oder von Zivilisten entführt wurden, sind in den Gefängnissen der Regierung wieder aufgetaucht. Daher wissen wir, daß die Todesschwadronen mit Wissen und Willen der Regierung arbeiten. Oder sie sagen, deine Angehörigen sind Guerilla oder subversiv. Und wenn wir wissen wollen, ob sie noch leben und wo sie sind, und ihnen helfen, sind wir auch Guerilla und subversiv. So einfach ist das.

1984 haben wir für unsere Arbeit den Robert-Kennedy-Preis bekommen. Wir waren auf dem Kongreß der FEDEFAM (Organisation der Mütter- und Menschenrechtskomitees Lateinamerikas) in Argentinien. Einigen von uns wurde die Einreise verweigert, aber wir haben doch sprechen können.

Die Repression gegen uns läßt nicht nach. Im letzten Jahr ist ein Mitglied des Komitees festgenommen worden - von Zivilen. Auch Mitglieder anderer Menschenrechtskomitees sind festgenommen worden. Im November wurde unser Büro durchsucht. Alle Zeugenaussagen und 8000 Dollar Spendengeld haben sie mitgenommen. Internationale Presse und Rechtsanwälte haben sich für die Festgenommenen eingesetzt, aber sie kommen nicht frei. Sie wollten 100'000 Colones haben, damit er freikommt, aber wir glauben nicht, daß wir ihn freikaufen können, weil er der Regierung zu wichtig ist und wir da mit Bestechung nicht weiter kommen, nur mit internationalem Druck. Leute, die keine Funktion haben - in der Gewerkschaft, im Komitee oder so, die kannst Du mit Bestechung freikriegen, wenn Du das Geld aufbringen kannst. Aber wir haben noch nicht einmal Geld zum Leben, wie sollen wir es dafür aufbringen?

Während des Friedensmarsches im letzten Winter haben sie einen Priester festgenommen. Der hat jetzt gestanden, daß er 8 Menschen umgebracht hat. Wir wissen aber auch, wie das Geständnis erzwungen wurde. Nach dem Dekret 50 kann ein Mensch 15 Tage gefangen genommen werden, ohne daß irgendjemand zu ihm darf, noch nicht einmal ein Rechtsanwalt. Während dieser Zeit wird er gefoltert, keiner der Gefangenen ist nicht gefoltert worden. Und die Zeit reicht aus, um ein Geständnis zu erzwingen. Du unterschreibst alles unter der Folter. Sie haben da ihre Methoden und wir wissen, daß sie geschult sind von Amerikanern. Sie arbeiten nicht nur mit Schlägen, sondern mit Elektroschocks und mit Psychopharmaka. Wenn Du diese 15 Tage überlebst und ein Geständnis unterschreibst, kommst Du ins Gefängnis. Aber Du bist am Leben. Viele tauchen erst garnicht im Gefängnis auf.

Das Geständnis ist dann entscheidend in einem Prozeß. Egal, ob Du es widerrufst, oder ob 100 Zeugen sagen, daß Du die gestandene Tat nicht begangen haben kannst, weil Du ganz woanders warst. So lautet das Gesetz. Aber nur ganz wenige kriegen überhaupt einen Prozeß. Die meisten bleiben ohne Anklage im Gefängnis - jahrelang. Die Frauen kriegen Kinder im Gefängnis, weil sie vom Militär oder von den Wachen vergewaltigt wurden. Die leben auch im Gefängnis.

Wir Frauen im Komitee haben Angst um unser Leben. Aber wir haben jeden Tag Zeugenaussagen über Folter, Verschwundene, Ermordete. Wir haben jeden Tag bis zu 27 Meldungen und Anklagen über solche Verbrechen der Regierung. Wir bekommen Unterstützung von der Kirche, von Menschenrechtsorganisationen und arbeiten mit diesen zusammen. Ich weiß nicht, ob wir sicher sind, wenn wir zurückkehren und unsere Arbeit weiter machen. Aber unser einziger Schutz ist die internationale Presse und Öffentlichkeit. Ohne internationalen Druck und öffentliche Unterstützung wird sich die Situation in El Salvador

nicht ändern, und dazu beizutragen soll unsere Reise dienen, dazu zu helfen bitten wir Euch hier in Deutschland.

Kontakt: Informationsstelle El Salvador e.V.
Hofaue 51
5600 Wuppertal 1
Tel.: 0202 / 493 63 05

Spendenkonto: Stichwort "Mütter"
der Informationsstelle El Salvador e.V.
Konto-Nr.: 84806
Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00)



Flüchtlinge in einem Lager in El Salvador

CHILE

»Que se vaya Pinochet« — Weg mit Pinochet

IM CHILENISCHEN SOMMER 1986

ANNÄHERUNGEN

Im Bus von Buenos Aires nach Mendoza inmitten der Weinfelder kommen die Erinnerungen an die Diskussionen über die Unidad Popular, die fehlende Volksbewaffnung, den Mord an Allende, an all die Solidaritätsdemos, die Veranstaltungen mit der Musik von Quilapayún, Victor Jara und Inti Illimani und den Empanadas. In den Jahren danach wurde Chile immer mehr zu einem Abstraktum der Solidarität, die allmählich nachließ. Zwölfeinhalb Jahre hält der Internationalismus nicht durch. Auch in Buenos Aires waren in den letzten beiden Jahren die Chiledemos kläglich; die Militärdiktatur hatte die einst breite Solidaritätsbewegung zerschlagen, in Berlin und der BRD war dazu keine Diktatur nötig.

In der sechsten Sommerschule der "Gruppe für ein neues Chile", die wie die fünfte in Mendoza, also nicht mehr in Europa, sondern an der argentinischen Grenze zu Chile stattfand, erleben wir Wiedersehensfreude zwischen Exilchilenen, die aus vielen Ländern angereist waren, und denen, die mit Bussen aus Chile kamen.

Die Diskussionen sind solidarisch und emotional; man hört geduldig zu. Immer wieder spricht man von der Notwendigkeit der "unidad" (Einheit) und einer "política realista" (realistischen Politik). In Chiles Zeitungen wird dieses Treffen als Subversion mit dem Ziel terroristischer Anschläge diffamiert. In Wirklichkeit ging es in den Arbeitsgruppen um die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Ökonomie, der Bündnispolitik, der Situation der Frauen und der Abrüstung. Abrüstung bedeutet hier nicht den Abbau von Nuklearwaffen, sondern die Entmilitarisierung der Gesellschaft und den Abbau von Waffen an der argentinisch-chilenischen Grenze, den auch die (noch) kleinen Friedensgruppen fordern.

Abends werden Videoclips der Gruppe "Teleanalysis" vorgeführt, die die Brutalität der Repression während der Protesttage, aber auch die Breite des Widerstandes und den Mut angesichts der wahllos prügelnden "pacos" (Bullen) zeigen. In einem improvisierten Konzert sang Isabel Parra, die Tochter von Violeta, eigene Lieder, denen man - wie anderen chilenischen Musikern - die Länge des Exils anmerkt.

Bei Gesprächen wird immer wieder der Schmerz der Exilchilenen, die nicht einreisen dürfen, spürbar. Wir dürfen über die schrof-

fen Kordilleren der Anden, die schroff und mächtig die Grenze zu Chile bilden.

ANKUNFT

Die Anden bilden auch das illustre Panorama, das Santiago ganz umgibt - auch wenn sie im Smog tagsüber verschwimmen. Die großzügig angelegten Straßenzüge führen immer wieder an grünen Plätzen vorbei, in denen die Santiaguinos bei garantiert blauem Himmel vor sich hindösen.

In den weitläufigen grünen und sauberen Vierteln Providencia, Reina und Las Condes, wo das Bürgertum und die Mittelklasse residieren, fallen die hohen Mauern und Zäune um jedes Haus auf. Das Umzäunen von jedem noch so kleinen Stückchen Land treffen wir überall in Chile wieder. Kein Wunder, daß alle Versuche, hier den Sozialismus einzuführen, auf heftigen Widerstand stoßen. Auf den Märkten dieser Viertel ist der Reichtum an Obst, Gemüse und Fisch überwältigend. Auch das lästige Schleppen überläßt frau/man blau-bekittelten Trägern. Hausangestellte sind hier ohnehin eine Selbstverständlichkeit - auch bei linken Frauen, deren Emanzipation von der Hausarbeit erst durch die "muchacha" (Mädchen) möglich wird.

Wer Geld hat, kann das Leben hier genießen: Ausflüge an den nur zwei Stunden entfernten Pazifik, in das Tal des Mapocho-Flusses, in die Ausflugslokale in der Umgebung, in Schwimmbädern auf dem San Cristobal (2 Dollar Eintritt) oder im Vergnügungspark Fantasilandia, wo sich die hübsch zurechtgemachten Mittelstandskinder im neuen "Superloop" oder bei der Verwandlung einer Frau in den Gorilla Konga angenehm gruseln können.

Gut ausgebaut sind auch die öffentlichen Verkehrsmittel; allen voran die während der letzten Jahre fertiggestellte moderne Metro. Irgendwo muß die Auslandsverschuldung, die in den 12 Jahren der Diktatur von 3 auf 20 Milliarden Dollar gewachsen ist, ja auch sichtbar werden. Im auffallend sauberen Zentrum von Santiago ragen die glänzenden Spiegelglaskonstruktionen aus den Fußgängerzonen, durch die die eleganten Santiaguinos schlendern. Entgegen unserem Latinoklischee wirken diese Chilenen eher distanziert, ruhig, abschätzend als freundlich, herzlich, emotional und laut.

Die tiefe ökonomische Krise, die 27prozentige Inflationsrate und die ca. 30prozentige Arbeitslosenrate (offiziell 14%) spürt man hier nur an den bettelnden Kindern und den vielen kleinen Selbständigen, die in Bussen, Straßen und Restaurants Wasser, Aspirin oder Süßigkeiten anbieten.

Die ersten Soldaten treffen wir vor der Moneda, dem Regierungsgebäude, in eleganten, kniehohen glänzenden Stiefeln und preußischen Uniformen. Die erste Polizeikontrolle schaut nach Sicherheitsgurten im Auto, die seit zwei Jahren Pflicht sind. In Schallplattenläden kann man ohne Probleme Platten von Victor Jara oder

dem Kubaner Silvio Rodriguez kaufen. In einem Kino läuft sogar Chaplins "Der große Diktator".

Nach Militärdiktatur sieht das alles nicht aus. Allenfalls fällt das Fehlen politischer Parolen an den Wänden und nackter Frauen auf den Titelseiten der Illustrierten an den Kiosken auf. Dafür finden wir die kritischen Zeitschriften wie APSI oder Fortín Mapocho, die bereits auf der Titelseite schreiben: "Die Diktatur in Chile ist die schlimmste auf der Welt."



Erst abends spüren wir etwas vom Notstand am geringen Betrieb in den Straßen. Nachts zwischen zwei und fünf Uhr herrscht Fahrverbot. An den Metroeingängen und auf den offenen Chevrolets stehen Soldaten mit Stahlhelm, die MP im Anschlag.

DIE BLUTIGE WAHRHEIT

In der Vicaría de Solidaridad direkt an der Plaza de Armas erläutern der Pastor Humberto Lagos und der Rechtsanwalt Mario Gonzalez die Schwere der Menschenrechtsverletzungen anhand der neuesten Zahlen. Allein 1985 starben 269 Menschen - einige im eigenen Haus, andere in Polizeizellen oder bei angeblichen Kämpfen mit der Polizei.

5 401 Menschen wurden verhaftet (110 mehr als 1984), davon 4 289 kollektiv nach Demonstrationen und 1 112 individuell. Darin drückt sich die Breite der sozialen Protestbewegung 1985 aus. Von den Verhafteten berichten 564 von der Anwendung von Mißhandlungen, von Schlägen, Vergewaltigungen und Elektroschocks. Gegen 89 läuft zur Zeit noch ein Prozeß. 34 sind verurteilt worden. Außerdem wurden 168 in andere Landesteile - meist in den extremen Süden oder Norden - verbannt.

Die Zahl der Verhaftet-Verschundenen hat sich 1985 nicht erhöht. Seit 1973 sind 663 Personen verschwunden. Hinzu kommen noch die 52 geklärten Fälle, wo die Leichname wie z.B. in Lonquén gefunden wurden. "Daß der letzte derartige Fall 1978 war, ist wesentlich ein Verdienst der Menschenrechtsgruppen und des internationalen Protestes", meint Rechtsanwalt Gonzalez.

"Die genannten Zahlen beruhen auf Fällen, die bei uns namentlich gemeldet sind und z.T. von uns vertreten wurden. D.h. wir müssen von noch höheren Zahlen ausgehen, da viele aus Angst nicht zu uns kommen."

Die Arbeit der Vicaría besteht vor allem darin, Rechtsbeistand zu geben, also nach der Meldung von Verhaftungen und Entführungen Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft zu machen und den Fall vor Gericht kostenlos zu vertreten - oft mit Erfolg. "Das machen wir aber nur, wenn wir von der Unschuld überzeugt sind. Polizistenmörder z.B. verteidigen wir nicht." Daneben betreiben sie Öffentlichkeitsarbeit im Radio und geben die Zeitschrift "Solidaridad" heraus.

Ein weiteres Arbeitsfeld ist die Hilfe für zurückkehrende Exilierte mit einem Integrationsprogramm. Von den 175 - 200 000 ins Exil gegangenen Chilenen wird nach der neuesten Liste, die uns Pastor Lagos zeigt, noch 3 878 die Einreise verboten. "Trotzdem sind bisher nur 2 000 zurückgekehrt und werden auch nach Pinochets Sturz nur ca. 15% zurückkehren. Für die Exilierten ist es schwer, in Chile Arbeit zu finden. Z.T. werden im Ausland abgelegte Prüfungen nicht anerkannt. Zudem ist es Pinochet gelungen, mit dem Schlagwort vom "goldenen Exil" Stimmung gegen die Exilierten zu machen. Vielen geht es ja auch ökonomisch besser als im heutigen Chile." (Lagos)

Zum Verhältnis Pinochets zur Kirche meint Pastor Lagos: "Pinochet trat messianisch als Erlöser vom Bösen auf und wollte dazu auch die religiöse Legitimation, die ihm die Kirche verweigert hat. Jetzt hofft er auf den Besuch des Papstes 1987, von dem wir aber ein Eintreten für die Menschenrechte erwarten."

SELBSTZENSUR IN DEN MEDIEN

Die z.Z. nach ANALISIS umfangreichste und auflagenstärkste Oppositionszeitschrift APSI (Auflage ca. 20 000) wird in einer kleinen Villa in der Straße General Bari 115 produziert. Von der Tendenz her ist sie sozialistisch, auf der MAPU-Linie.



Patricia, eine Redakteurin, erzählt uns von der Entwicklung der Zeitschrift. APSI existierte seit etwa 10 Jahren als Informationsdienst für internationale Nachrichten, ab 1980 dann auch für Chile. Probleme mit der Zensur gab es in den ersten Jahren immer wieder, bis APSI 1983 einen Prozeß gewann. Abgesehen von dem halbjährigen Publikationsverbot Ende 1984 während des Belagerungszustandes hat APSI seitdem kaum noch Probleme, während die Herausgeber oder Mitarbeiter der anderen kritischen Zeitschriften ANALISIS, Fortín Mapocho, Cauce und La Bicicleta immer mal wieder vor Gericht erscheinen müssen. (So sitzt der ANALISIS-Redakteur Fernando Paulsen im Augenblick wegen einer zurückliegenden angeblichen Verunglimpfung der Carabineros im Gefängnis, zusammen mit drei Oppositionellen, dem Vorsitzenden der Christdemokratischen Jugend, Andrés Palma, dem Vorsitzenden der Intransigencia Democrática, Manuel Sanhueza, und dem ehemaligen kommunistischen Senator Alejandro Toro.)

"Natürlich läuft so etwas wie Selbstzensur. Besonders kritische Artikel werden mit dem Herausgeber und anderen Redakteuren diskutiert und müssen gut belegt sein. Viel schärfer ist die Selbstzensur jedoch bei den Tageszeitungen, eine halbwegs liberale gibt es nicht. Die großen Tageszeitungen - "El Mercurio" und "La Tercera" - sind durch Direktverschuldung von der Regierung unmittelbar abhängig und überbieten sich in der Verdrehung der Wahrheit."

Die Notwendigkeit, kritische Informationen durch Zeugen gut zu belegen, betont auch Carlos Spahie, der Direktor von Radio Cooperativa der Hafenstadt Valparaíso, 2 Stunden von Santiago entfernt. "Die Selbstzensur ist manchmal schlimmer als die Zensur."

Trotz des gutklingenden Namens hat der Sender nichts mit einer Kooperative gemein. Im Besitz einer Aktiengesellschaft ist er wie die anderen Sender kommerziell und bringt innerhalb einer Stunde zehn Minuten Reklame. Von den einst 12 Stationen sind drei in Santiago, Temuco und Valparaíso übriggeblieben. Nach der neuesten Marktuntersuchung ist Radio Cooperativa der am meisten gehörte Sender.

Aus seiner Sympathie für die Democracia Cristiana macht dieser sechzigjährige, freundliche Mann, der seit 40 Jahren bei Cooperativa arbeitet, keinen Hehl. "Wir waren immer ein Oppositionsradio - gegen Frei, gegen Allende, als dieser marxistisch-leninistisch wurde und nun gegen Pinochet. Uns geht es darum, die Wahrheit zu sagen, auch wenn es der Regierung nicht paßt." Auf die Frage nach politischem Druck antwortet er: "Der Sender in Santiago mußte einmal für fünf, wir in Valparaíso für drei Tage schließen. Natürlich erhalten wir auch Attentatsdrohungen. Aber schlimmer war in den ersten Jahren der Diktatur der ökonomische Druck, das Ausbleiben von Reklameaufträgen von regierungsfreundlichen Unternehmen. Jetzt ist das aber kein Problem mehr."

Angesichts der hohen Zeitschriftenpreise und dem regierungstreuen Fernsehen sind die kritischen Informationen von Radio Cooperativa und auch vom katholischen Radio Chileno von großer Bedeutung, denn kein anderes kritisches Medium erreicht so viele Chilenen.

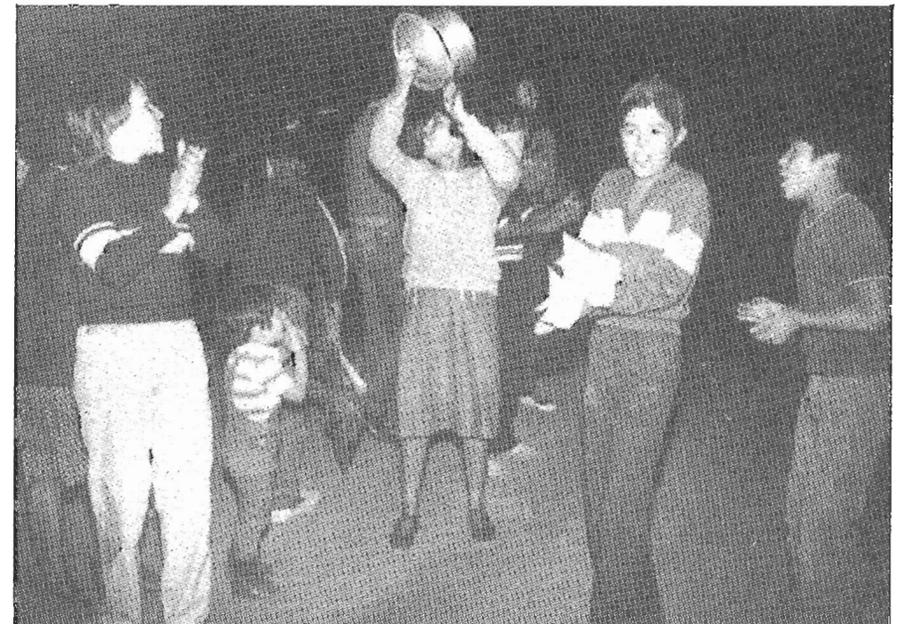
EIN ALTERNATIVES PROJEKT

Im ruhigen Stadtviertel Nuñoa finden wir in der Straße José Domingo Canas 2827 das "Zentrum zur Erprobung geeigneter Technologien" (TEKHNE), das sich schon durch die Sonnenblumen, den Kohl und die Heilkräuter im Vorgarten von den Nachbarhäusern unterscheidet.

Im sonnigen, grünen Patio schweißen einige dunkelhäutige Frauen aus einer "población" (Armenviertel) Pfirsichmarmelade in Plastiktüten ein. Sie lernen hier verschiedene Techniken zur Konservierung von Obst und Gemüse. Daneben stehen Glaskästen, in denen auf Rosten das in Chile beliebte Trockenobst hergestellt wird.

Im hinteren Teil des Hofes basteln zwei Ingenieure an einem Kanofofen, der aus einem Ölfaß produziert wurde, in dem mit wenig Brennholz und Kohle Brot gebacken und gleichzeitig gekocht werden kann. Angesichts der hohen Preise für andere Energiequellen wird auf die Luftverschmutzung keine Rücksicht genommen. Außerdem wird an Geräten zur Ausnutzung von Solar- und Windenergie gebaut. Das Einsetzen von Solarenergie ist bisher an den hohen Installationskosten gescheitert. Durchgesetzt hat sich demgegenüber ein neuer Ofen, der eine Verbesserung des runden Adobeofens darstellt, in dem zuerst Brennmaterial verbrannt wurde, bevor an derselben Stelle Brot und Empanadas gebacken wurden. Auch die Verwendung eines Eimers mit angefeuchteten Sägespänen, die ohne Flammen Wärme für eine "olla común" (Volksküche) abgeben, ist in einigen poblaciones angenommen worden.

"Die Anwendung alternativer Technologie für die poblaciones ist das wichtigste Ziel unserer Arbeit", erklären uns Carmen und Waldo, zwei der 15 Mitarbeiter des Zentrums. "Darüberhinaus geht es uns darum, Kenntnisse über gesunde Ernährung zu vermitteln. Die Volksküchen liefern oft solche Kohlehydratmengen, daß die Kinder oft fett und aufgeschwemmt sind. Die Frauen lernen die Konservierungsmethoden auch mit dem Ziel, später mit dem Verkauf von Marmelade und Trockenobst Geld verdienen zu können."



Zur Unterstützung der Arbeit gibt das Zentrum didaktisch aufbereitete, einfache und anschauliche Hefte heraus.

Seit drei Jahren existiert diese Einrichtung, die durch eine schwedische Institution und Terre des Hommes finanziert wird. da hier zur Hälfte zurückgekehrte Exilierte (z.B. Soziologen, Ingenieure) arbeiten, die sonst kaum eine Stellung finden, stellt das Projekt zugleich eine konkrete Wiedereinbürgerungshilfe dar.

EINE VOLKSKÜCHE

Sichtbar wird die extreme Ungerechtigkeit dieser Klassengesellschaft und die Armut vor allem in den poblaciones, den Armenvierteln, in denen fast 50% der Einwohner Santiagos leben. 32% der Bevölkerung (3,6 Mio.) werden als extrem arm eingestuft. 10% der Reichen verfügen über 46,1% des Einkommens, während 10% der Ärmsten nur über 1,5% verfügen (so selbst in El Mercurio vom 19.1. 1986).



Das Viertel Victoria, das seit der Besetzung von 1957 existiert, besteht aus einstöckigen Steinhäusern - größtenteils mit Strom und Wasser - und gehört zu den kämpferischsten und am besten organisierten poblaciones von Santiago. Trotzdem ist die Situation miserabel: von ca. 30 000 Bewohnern sind etwa 80% arbeitslos und der Rest hat allenfalls Arbeit im staatlichen Programm PEM gefunden, wo man nur 5 000 Pesos (ca. 25 Dollar) verdient. Damit kommt man auch in Chile nicht weit, schon deswegen, weil die meisten Familien fünf bis sieben Kinder haben.

Gegen das zentrale Problem Hunger ist in Victoria 1983 - wie auch anderswo - eine olla común (Volksküche) entstanden. Im Juni 1985 gab es in Chile 554 Volksküchen für 27 000 Menschen (Solidaridad Nr. 24, 1985)

Unter einem mit Wein bewachsenen Vordach wird in drei 50-Liter-Kesseln gekocht. "Meist gibt es porotos (weiße Bohnen) mit Reis, Kartoffeln, Nudeln, Kräutern und Knochen", erklärt uns Olga Cortez, eine weißhaarige herzliche Frau mit braunem, faltigem Gesicht, auf deren Scho. ein einjähriges Kind herumturnt. Nach dem Putsch 1973 wurden sie und ihr Mann verhaftet; er wurde ins Nationalstadion gebracht und gefoltert und starb später an den Folgen.

Olga hat diese Volksküche von Anfang an organisiert. "Als wir anfangen, schämten sich viele, aber mittlerweile ist unsere olla - die die einzige in Victoria ist - akzeptiert. Zur Zeit kommen 90 Familien. Das sind mehr als 700 Personen. Als Beitrag zahlen die Familien pro Person 20 Pesos (0,30 DM) wöchentlich (Montag bis Freitag).

Morgens ab 8.30 Uhr treffen sich einige Frauen, frühstücken und beginnen dann mit dem Putzen und Schneiden des Gemüses, das die Marktleute z.T. umsonst geben, wenn es schon etwas angegammelt ist. Das Organisieren der Zutaten ist die Aufgabe der Männer und der Organisation "Compramos juntos".

Ab 13 Uhr sammeln sich immer mehr Erwachsene und Kinder draußen auf der Straße mit Blechbüchsen und Kanistern aller Art. "Wir sind eine Art Treffpunkt, wo viele Dinge diskutiert werden. Wegen dieser politischen Bedeutung sind die pacos (Bullen) in anderen poblaciones auch schon gegen Volksküchen vorgegangen."

Eine Organisatorin verteilt unter den Bewohnern (pobladores) Einladungen zu einem einwöchigen Seminar über die Geschichte der Arbeiterbewegung. Ein anderer, der mit Jugendlichen arbeitet, erzählt uns vom Tag der Jugend am 7. Dezember, als zusammen mit Gruppen aus anderen poblaciones und Studenten Wandbilder (murales) gemalt wurden. Viele klagen den US-Imperialismus, den IWF und Pinochet an. Andere zeigen Victor Jara, Zeichen der Kommunistischen Partei oder Sprüche von Pablo Neruda.

Zweimal kamen bereits die pacos im Morgengrauen, um die Wandbilder mit brauner Farbe zu übermalen, die jedoch später von den pobladores wieder abgewaschen wurde.

1986 - JAHR DER ENTSCHEIDUNG?

Zu Jahresbeginn gab es viele optimistische und kämpferische Interviews, die 1986 bereits als Jahr der Wende und des Sturzes des "Capitán General" (Pinochet) betrachteten. So kündigte Seguel, gerade wiedergewählter Chef der Kupferarbeiter und einer der Oppositionsführer, einen Nationalen Streik an: "... und nicht nur

für 24 Stunden. Wir werden Chile lahmlegen, um die Diktatur zu beenden."

Auch wenn die Ablehnung des Pinochet-Regimes allgemein ist, so wird ein Generalstreik angesichts der Zersplitterung in viele kleine Gewerkschaften, des geringen Organisationsgrades und der starken Behinderung der nur illegal existierenden Parteien nur schwer realisierbar sein.

Über die Härte Pinochets, der jeglichen Dialog und den Acuerdo Nacional ablehnt und selbst den vermittlungsbereiten Bischof Fresno demütigend abkanzelt, kann ebensowenig ein Zweifel bestehen wie an der Repressivität des Staatsapparates. Während im Januar ein MIR-Mitglied zu 35 Jahren Gefängnis wegen angeblichem Besitz von Explosivkörpern verurteilt wird, repräsentieren sich gleichzeitig die gerade freigesprochenen Polizisten mit lachenden Gesichtern, die mit großer Wahrscheinlichkeit am bestialischen Mord an den drei Kommunisten Guerrero, Parada und Nattino im März 1985 beteiligt waren.

Eine Demonstration von Ärzten in weißen Kitteln für die Wiedereinstellung eines Kollegen und eine bessere medizinische Versorgung wird mit Tränengas und Wasserwerfern auseinandergetrieben, während nur Tage später Carabineros unbeteiligt zusehen, wie eine kleine Gruppe der extremen Rechten den Weg des US-Senators Edward Kennedy, der die Verletzungen der Menschenrechte in Chile kritisiert, stundenlang blockiert.

"Angesichts der Geschlossenheit von Heer und Polizei ist eine Rückkehr zur Demokratie vor 1989 unwahrscheinlich", meint Saphie, Direktor von Radio Cooperativa, und Humberto Lagos von der Vicaría de Solidaridad sieht für 1986 die Gefahr einer blutigen Repression.

"QUE SE VAYA PINOCHET!"

Im regnerischen Castro auf der Insel Chiloe, 1 000 km südlich von Santiago, veranstalten die "Mujeres de Chiloe", eine Gruppe von 60 jungen und alten Frauen, die einen "Kunsthandwerkladen betreiben und für die Demokratie kämpfen", eine Peña: Im Café Dino Chiloe in der Calle Blanco wenige Meter vom Hafen entfernt, werden im verräucherten Keller vor 100 dichtgedrängten Zuschauern Gedichte und Lieder vorgetragen. Jeder, der will, tritt auf die kleine Bühne, über der ein großes Plakat angebracht ist: "Los, Frauen! 1986 gehört uns!" (Vamos, mujeres! El '86 es nuestro!")

Gibt es Sympathie und lautstarken Beifall für zotige Liebeslieder, so wird es ernst bei Liedern von Victor Jara, Quilapayún und Atahualpa Yupanqui: "Yo tengo tantos hermanos ... una es la libertad" ("Ich habe so viele Geschwister, eine ist die Freiheit"). Den Refrain singen die meist 20 bis 30jährigen mit, oft auch das ganze Lied. Immer wieder wollen sie das Lied eines Liedermachers aus Santiago hören, der mit Enthusiasmus, großen dunklen Augen und agitatorischem Gestus singt: "Que se vaya, que se vaya Pinochet!"

Chilenisches Tagebuch (II)

Heute ein Bericht über die Schule in Temulemu: Temulemu ist ein reducción indígena mapuche, ein indianisches Gebiet in der Gegend von Temuco. Auch hier mittendrin gibt es "chilenische" Großgrundbesitzer. (Die Chilenen heißen auf mapuche huinka = Dieb.) Hier gibt es seit ca 20 Jahren eine Schule, vorher wurden die Kinder in einem der Gutshäuser unterrichtet. Die Schule besteht aus 4 Klassenräumen, eine Baracke mit vielen Ritzen und undichtem Dach. In einem der Klassenräume wohnt eine Lehrerin, die man anderswo nicht unterbringen konnte, es verbleiben also drei Klassenzimmer für 3 Lehrerinnen und einen Direktor. Jede unterrichtet 2 Klassen gleichzeitig, z.B. den 1. und 3. Jahrgang; die Klassen werden nach Frequenzen und nicht nach Alter zusammengelegt, denn über 45 Schüler dürfen es nicht sein, 160 sind es insgesamt. Die kleinen Schüler haben von 8.30 - 12.30 Uhr Unterricht, Montag - Freitag, die Großen nachmittags. Bedürftige, und das sind fast alle, bekommen ein Frühstück und ein Mittagessen. Etwa 1/4 der Schüler sind unterernährt, etwa 3/4 der Mütter und eine knappe Hälfte der Väter sind Analphabeten. Die Schüler kommen bis zu eineinhalb Stunden zu Fuß in die Schule, auf Pfaden, die im Regen und Schlamm versinken, und im Winter regnet es häufig.

Die Stadt Traiguén, die diese Schule unterhält, liefert die Schulbücher; Hefte und Bleistifte müssen die Schüler selbst mitbringen, ein unüberwindliches Problem allein schon deswegen, weil die Stadt, wo man so etwas kaufen kann, über 20 km entfernt ist, durch einen entweder knietief staubigen oder schlammigen Weg nur zu Fuß, zu Pferd oder mit dem Ochsenkarren zu erreichen, von der Geldausgabe ganz zu schweigen.

Seit zwei Jahren wird nach dem Plan mapuche unterrichtet, was bedeutet, daß es nun auch Unterrichtsmaterial gibt, das der Realität der Kinder (Landwirtschaft usw.) angepaßt ist, während die vorherigen Schulbücher nur von der Großstadt Santiago berichteten und dies für Schüler, von denen viele noch nie ein Auto gesehen haben. Viele Kinder sprechen nur mapuche, wenn sie in die Schule kommen, werden aber auf spanisch alphabetisiert. Keiner der Lehrer spricht mapuche. Fortbildung oder Beratung für die Lehrer gibt es praktisch überhaupt keine, auf eigene Kosten könnten sie an Seminaren teilnehmen, aber auch das verhindern u.a. die Verkehrsverhältnisse. Der Plan mapuche beinhaltet

auch, daß die alten Fertigkeiten der Mapuches z.B. Wolle spinnen und in den alten Mustern weben, wieder neu gelehrt werden sollen. Dafür machte die Lehrerin (in den Ferien natürlich!) eine Woche Fortbildung mit, aber das ist natürlich völlig unzureichend.

Natürlich gibt es in der Schule, wie in dem ganzen Reservat, weder Elektrizität noch fließendes Wasser, die Schulbänke sind so, wie wir das von ganz früher kennen, steif und unbequem, und viele sind auch halb zerbrochen. Keine Inschriften auf Bänken oder Wänden - Schrift ist nicht die Ausdrucksform, und niemand würde hier etwas kommentieren, kritisieren. In jedem Raum ein Besen, der den verlorenen Kampf gegen den Staub weiterführt, eine einfache Tafel, ein paar Plakate an den Wänden und ein jugendliches Foto des Capitán General Augusto Pinochet, Presidente de la República, einige Fensterscheiben durch Plastikfolie ersetzt, ein paar Nägel statt Garderobehaken.

Draußen zwei Plumpsklos und ein Fußballfeld, das ganze von Stacheldraht umgeben, die Baracken hellgrün gestrichen. Nebenan der Gesundheitsposten, wo ein Hilfskrankenpfleger arbeitet, ca einmal monatlich kommen Ärzte. Dann kommt das Haus der Lehrerin, die seit 3 Jahren hier lebt, eine kleine Hütte, natürlich auch ohne Licht und Wasser, ein Gärtchen, ein Waschtrog. Ihr Mann ist Landwirt a medias, d.h. jemand gibt ihm das Land, er den Samen und die Arbeit und das Ergebnis wird geteilt... Wieviel die Frau verdient, habe ich nicht erfahren können, in Chile sind die Lehrergehälter sehr unterschiedlich, je nach Schule, Bezirk, Stadt.

Die Schule gehört zur Stadt Traiguén, die Lehrer werden von dort bezahlt. Lehrer aus der Stadt können gegen ihren Willen nicht aufs Land versetzt werden, die schon auf dem Land sind, haben keine Chance, in die Stadt zu kommen. 30 Unterrichtsstunden wöchentlich sind vorgesehen pro Lehrer, doch wenn niemand da ist, um Essen zu kochen, kommt das auch noch dazu und Vertretungen natürlich ebenfalls.

Die Schüler besuchen jetzt die Schule ziemlich regelmäßig, nachdem dies mit den Eltern geklärt und abgesprochen wurde. Sie sehen die Wichtigkeit der Schulbildung ein, doch früher mußten die Kinder oft zu Hause bleiben, um bei der Arbeit zu helfen. Die Eltern nehmen an Elternabenden teil, sind interessiert, doch fast niemand von ihnen kann den Kindern helfen, auch müssen sie nach der Schule arbeiten, Schweine hüten usw. und in den Hütten gibt es weder Tisch noch Licht, um Hausaufgaben machen zu können. Die Lehrerin sagt, trotz allem lernen fast alle Schreiben und Lesen.

PERU

Sechs Monate nach dem Regierungswechsel: Der Frieden ist noch weit

UCHURACCAY, DER ENDLOSE PROZESS

Vor drei Jahren, zwischen dem 26. und 28. Januar 1983, wurden im Hochland von Ayacucho, in oder bei der Dorfgemeinschaft Uchuraccay, acht Journalisten und ein sie begleitender Bauer ermordet, als sie einem Massaker an angeblichen Senderisten nachgehen wollten. Wer brachte sie um? Aus welchem Grund? Wer waren die Anstifter, wer die Komplizen? Was geschah mit den ca. 900 Dorfbewohnern, die sich zur Tatzeit in Uchuraccay befanden, wenig später aber verschwunden waren? Nach Zeugenaussagen, denen bis jetzt noch nicht nachgegangen wurde, sollen sich ihre Leichen in zwei Massengräbern bei Chaco und Pallca befinden. Wer waren die Täter, Anstifter und Komplizen dieses Genozids?

Die peruanische Justiz hat es bis heute nicht geschafft, diese Fragen zu beantworten. Das Verbrechen, in das die damalige Belaúnde-Regierung und das politisch-militärische Kommando verwickelt sind, ist weder aufgeklärt noch gesühnt, und es sieht so aus, als werde der neue, jetzt in Lima geführte Prozeß eine ähnliche Funktion haben, wie die damals von der Regierung eingesetzte Untersuchungskommission unter dem Schriftsteller Vargas Llosa: Verfälschen, Verschweigen, Vergessen.

Nachdem 1983 die gerichtlichen Untersuchungen monatelang systematisch behindert worden waren und 14 der 17 angeklagten Bauern flüchten konnten oder von Polizei- und Militärkräften zum Verschwinden gebracht worden waren, begann am 28. September 1984 in Ayacucho der Prozeß gegen die einzigen drei habhaften Tatverdächtigen unter dem Vorsitz des engagierten Richters Ventura Huayhua. Im Verlauf dieser Verhandlung stellte sich schnell heraus, daß die offizielle Version der Vorgänge, die für kritische Beobachter von Anfang an den Charakter bewußter Irreführung hatte, das Geschehen plump verfälschte, um die wirklich Schuldigen, die militärischen Befehlshaber mit dem General Clemente Noel an der Spitze, zu decken und der Öffentlichkeit genaue Informationen über das Agieren polizeilicher Sondereinheiten ("Sinchis") und Militärpatrouillen und eventueller ausländischer Militärberater in den andinen Dorfgemeinschaften vorzuenthalten. - Zu einem Urteil kam es nicht, weil nach vielfältigen Pannen unter Vor-

wänden der Richter suspendiert und der Staatsanwalt dazu gebracht wurde, die Anklage zurückzuziehen. Lange Zeit blieb ungewiß, ob das Verfahren überhaupt wieder aufgenommen würde.

Seit dem 25. November 1985 wird vor der 8. Strafkammer in Lima der gleiche Prozeß nocheinmal geführt, alles von Null wieder aufgerollt. Es geht im Schneckentempo voran, nach zwei Monaten war das Gericht mit der Vernehmung des ersten der drei anwesenden Angeklagten noch nicht zu Ende gekommen. Dieser Angeklagte, Mario Ccasani, will sich an nichts mehr erinnern, auch nicht an das, was er im ersten Prozeß aussagte. Ob es dieser Kammer gelingt, das Erscheinen wichtiger Zeugen und intellektueller Urheber, u.a. des Generals Noel, vor Gericht zu erzwingen, ist noch ungewiß. Man hofft, daß Aían García auf die Militärs Einfluß nimmt, in die Vorladung des Generals einzuwilligen.

Den Angehörigen der Ermordeten wird weiterhin unendliche Geduld abverlangt bei ihrem Bestreben, der Wahrheit und der Gerechtigkeit zum Sieg zu verhelfen.



Uchuraccay war das erste international bekannt gewordene Massaker im antisubversiven Kampf in den Anden. Ihm folgten viele andere, Soccos, Chalcos, Pucayacu I und II, um nur die bekanntesten zu nennen, und (im August/September 1985) Accomarca, Bellavista und Umaru: Namen für den Horror perverser Ausrottungspolitik gegen unschuldige Männer, Frauen und Kinder unter dem Vorwand, Sendero zu bekämpfen und so - die Demokratie mit den Füßen tretend - die "demokratische Ordnung" zu verteidigen. Dazu kommen Tausende von gewaltsam Entführten und extralegal Hingerichteten und Hunderte von politischen Gefangenen. Als Folge von alledem haben sich die betroffenen Andenprovinzen entvölkert, die Bauern flüchten sich, um ihr Leben zu retten, in die Städte, wo sie unter menschenunwürdigen Bedingungen ein miserables und angefeindetes Dasein fristen.

Erst vor wenigen Wochen (3.2.86) wurde die Bombardierung der Dorfgemeinschaft Chapi im Grenzgebiet zwischen den Departements Ayacucho und Cusco im Juni/Juli 1984 der Öffentlichkeit durch eine Veröffentlichung der "República" bekannt gemacht. Armeehubschrauber haben in wiederholten Angriffen die gesamte Dorfgemeinschaft zusammengebombt, wobei ca. 3000 Bewohner umkamen. Die Zeugen, Flüchtlinge der Nachbargemeinde Lucmahuaicco, befinden sich seit eineinhalb Jahren im Haus der Bauernföderation von Quillabamba (Cusco). Nach Aussagen des Abgeordneten Fernando Olivera soll die Staatsanwaltschaft von diesem Verbrechen des Völkermords gewußt haben, ohne irgendwelche Schritte zu unternehmen. Es ist zu erwarten, daß weitere, ähnliche Vernichtungsaktionen der Militärs nach und nach bekannt werden. Wie werden die Regierung, die APRA-Mehrheit im Parlament, die Justiz sich dazu verhalten?



DER FRIEDEN, DEN SIE MEINEN ...

Angesichts des blutigen Erbes aus fünf Jahren Belaúnde-Politik, die den Terror durch Barbarei besiegen wollte und nicht nur Tausende von Toten auf dem Gewissen hat, sondern auch die Desensibilisierung eines ganzen Volkes angesichts der Verbrechen der "Ordnungskräfte", verprach die APRA die Befriedung des Landes, das Ende von Terror und Gewalt. Die Antrittsrede des Präsidenten ließ Raum für viele Hoffnungen: Respektierung der Menschenrechte, schnelle Bestrafung der Täter, Amnestie für die politischen Gefangenen, massive Investitionen in den vom Krieg betroffenen Gebieten, Änderung der antisubversiven Strategie, die das Phänomen extremer Armut militärisch zu bekämpfen trachtete und dabei das Mittel des größeren Terrors anwandte, und das ohne Erfolg. - Erfüllt hat sich von allem bis jetzt, nach mehr als einem halben Jahr, fast nichts.

- Zwar ist die Rede von der bevorstehenden Aufhebung des Ausnahmezustands in den Andenprovinzen. Aber selbst wenn es dazu kommt (der Kriegsminister hält den Zeitpunkt für verfrüht), bedeutet das nicht automatisch, daß Friede und soziale Gerechtigkeit in diese Gebiete einkehren; eher zu erwarten ist eine Art "Pax Romana" der obligatorischen Militarisierung der Bauern ("Rondas", paramilitärische Banden), erzwungen durch die Besatzungsarmee und begleitet vom taktischen Rückzug der Aufständischen in andere Landesteile, vor allem in die Sierra Central (Pasco, Junín) und nach Lima.
- Das erwartete Amnestie-Gesetz wurde nicht erlassen. Zum Jahreswechsel hatte Alán García 25 Parlamentariern von APRA und IU (Vereinigte Linke) die Freilassung von 180 zu Unrecht unter Terrorismus-Verdacht einsitzenden Gefangenen versprochen, aber das Gerangel zwischen Barrantes und García, wer in den Genuß dieser Maßnahme kommen sollte und wer nicht, endete schließlich damit, daß die weihnachtliche Geste überhaupt unterblieb. Allerdings scheint es, als würden die Prozesse jetzt beschleunigt zu Ende geführt; in den letzten Monaten wurden vermehrt Freigesprochene entlassen, eine Art Amnestie auf Raten, quasi unter der Hand.
- Drastische Sanktionen gegen an Foltern, Morden, Massakern an Zivilisten beteiligten Militärs und Polizisten sind nicht verhängt worden, in diesem Bereich scheinen sich die Militärs der Regierung gegenüber voll durchgesetzt zu haben. Die Nachforschungen über das Schicksal der Tausende von Verschwundenen sind einer der Staatsanwaltschaft unterstellten PIP-Kommission übertragen, die bisher keine Ergebnisse veröffentlicht hat. Die PIP (Untersuchungspolizei) ist neben der Marine-Infanterie und den militärischen Geheim-

diensten selbst Urheber vieler gewaltsamer und danach gelegener Festnahmen, die für die meisten der Opfer mit dem Tod und dem Verscharrtwerden im geheimen Massengrab endet.

Es ist schwer zu beurteilen, ob sich die antisubversive Strategie geändert hat. Seit September 1985 zumindest sind keine neuen Massaker bekannt geworden, die Praxis des Verschwindenlassens von Personen hat offenbar nachgelassen. Im Tauziehen zwischen ziviler und militärischer Macht bleibt García beschränkt auf symbolische Akte wie das Absetzen einiger Generale nach dem Bekanntwerden der September-Massaker, während die Militärs an ihrer Praxis festhalten, diese "Exzesse" zu rechtfertigen und die direkten Täter zu decken, sie bestenfalls von Militärgerichten zu lächerlich geringen Strafen verurteilen zu lassen. Das bedeutet zum Beispiel drei Tage Arrest wegen Disziplinlosigkeit für die Mörder von Pucayacu II. Der Unterleutnant Telmo Hurtado, der eine der Kolonnen befehligte, die in Accomarca 70 Frauen, Kinder und Alte umbrachten und der sein Handeln damit rechtfertigte, daß "schon Kinder ab zwei Jahren Senderisten sein können und daher ausgerottet werden müssen", wurde bisher nicht zur Rechenschaft gezogen. Die wenigen Apristen, die sich überhaupt für Menschenrechtsverletzungen interes-



sieren, haben einen schweren Stand: Der Präsident der Menschenrechtskommission des Senats, Valle Riestra (APRA), trat zurück, weil die Mehrheit der Parlamentarier seiner eigenen Fraktion den Untersuchungsbericht zu Accamarca, der von den militärischen Kommandos angeordnete Strategie die Schuld gab, nicht ratifizieren wollten.

- Deutlich geändert hat sich die Informationspolitik: Während unter Belaúnde geleugnet, verniedlicht und verschwiegen wurde, setzt die neue Regierung auf propagandistische Kampagnen wie das mit dem Rücken zur Fernsehkamera und ohne Ton gefilmte Gespräch des Präsidenten mit angeblichen Sendero-Führern, die kapituliert und sich ausgeliefert haben sollen - in Wirklichkeit dem Verhungern nahe Bauern, denen nichts anderes mehr übrigblieb, als sich in den "Schutz" militärisch befestigter Lager zu begeben. - Unter großem propagandistischem Aufwand wurden einige Dutzend Überlebende, die aus Accamarca nach Lima geflüchtet waren, in ihre Heimat zurückgeflogen, wobei ihnen Schutz, Schulen und Kredite versprochen wurden, so als sei damit alles wieder gutgemacht. Ähnlich peinlich der fragwürdige Transport von in Ayacucho aufgesammelten Waisenkindern nach Lima, wo sie von der Gattin der Präsidentin abgeholt und abgeküßt wurden, um dann in irgendwelchen Heimen zu verschwinden, obwohl viele von ihnen offenbar noch Eltern oder andere Angehörige haben.

- Auch nur symbolisch-propagandistischen Charakter hatte die Friedenskommission aus fünf der APRA und der Vereinigten Linken nahestehenden Intellektuellen und einem Vertreter der Kirche, die - in der Antrittsrede angekündigt, aber erst als Reaktion auf die September-Massaker berufen - vom Präsidenten geschaffen wurde, um Wege aus der Gewalt zu weisen und den Frieden voranzubringen.

Trotz interner Diskrepanzen machte die Kommission konkrete Vorschläge zur Einleitung der Befriedung: Abschaffung des Anti-Terroristen-Gesetzes 046, Schluß mit der in Lima konzentrierten Gerichtsbarkeit für solche Prozesse, die deren jahrelange Verschleppung bedeutet, Erlass eines Amnestie-Gesetzes und Verbot der zwangsweisen Organisierung der Bauern in paramilitärischen Banden und Lagern. Diese und andere Punkte wurden am 30. Oktober mit dem Präsidenten besprochen und am 21. November auf der großen Demonstration "Für Leben und Frieden" von einem Kommissionsmitglied vorgetragen. Nichts davon wurde von der Regierung in die Tat umgesetzt. Die Staatsanwaltschaft, an die einige Vorschläge gerichtet waren, verbat sich die "Einmischung" und zeigte sich nicht bereit, gegen die Militarisierung der Bauern einzuschreiten, im Gegenteil, die sei begrüßenswert. Die rechte Presse denunzierte diese Kommission interessiere



sich nur für die Menschenrechte der Terroristen, nicht aber für die der Ordnungskräfte und anderer Demokraten. Die breite Öffentlichkeit sah sich in ihrer oberflächlichen Anfangserwartung enttäuscht: Die Terror-Anschläge gingen weiter, nahmen in Lima sogar zu, die erhoffte Ruhe im Land hat diese Kommission nicht beschert.

Wie hätte auch eine aus sechs Intellektuellen guten Willens bestehende Gruppe die tiefe, tödliche Kluft, die die peruanische Gesellschaft seit Jahrhunderten spaltet, überbrücken, wie fanatische Mao-Anhänger in Waffen und in Panama gedrillte Hüter der Vorrechte der Reichen miteinander versöhnen sollen? - Auch wer sich nicht solch vermessene Illusionen machte, sah bald mit wachsender Skepsis die Diskrepanz zwischen dem vielversprechenden großen Worten, mit denen die Kommission ins Leben gerufen worden war und der Tatsache, daß ihr kein politischer Raum zugestanden wurde, in dem sie hätte wirksam werden können. Ihre Vorschläge hatten keinerlei bindenden Charakter, wurden wohlwollend oder widerstrebend angehört, um dann im Leeren zu verpuffen.

Angesichts ihrer eigenen Wirkungslosigkeit und der sie umgebenden Gleichgültigkeit trat die Kommission Ende Januar zurück. Nach offiziellem Sprachgebrauch "stellten fünf ihrer Mitglieder ihre Ämter zur Verfügung, um dem Präsidenten freie Hand für eine Neustrukturierung zu lassen". Obwohl das Unternehmen insgesamt gescheitert ist, werden die freigewordenen Plätze nun wohl mit Apristen besetzt, so daß

die Kommission ihre Alibi-Funktion in Zukunft widerspruchsfreier erfüllen kann. Entgegen den Beteuerungen Garcias ("Mag die Friedenskommission aufgeben - ich gebe den Frieden nicht auf!") zeigt sich deutlich, daß an wirkliche Veränderungen nicht gedacht ist. Mit großer, geschickt inszenierter Geste und revolutionären Worten werden die Bedenken beschwichtigt und die Hoffnungen am Leben gehalten, aber konkrete Schritte zum Abbau staatlicher Repression werden nicht getan.

HALBE SACHEN

Diese Schizophrenie läßt sich nicht nur in der Menschenrechtspolitik beobachten, sie zieht sich durch alle Bereiche und ist zum Charakteristikum der APRA-Regierung geworden. Im Grunde ohne eigenes Konzept, wie die schwere ökonomische, politische und moralische Krise zu besiegen ist, füllt die Regierung das Vakuum mit schönen, starken Worten und einigen populären Maßnahmen, z.B. das Einfrieren der Preise von Grundnahrungsmitteln, was aber nach einiger Zeit zur Knappheit oder zum Verschwinden dieser Produkte vom Markt führt, da sich ihr Anbau nicht mehr lohnt. Dann greift die Regierung rettend ein (Armeelastwagen schaffen Kartoffeln nach Lima), d.h. der Mangel wird kurzfristig repariert, die Beseitigung seiner Ursachen aber nicht in Angriff genommen. Die an aktuellen Phänomenen orientierten wirtschaftlichen Notmaßnahmen bringen Sympathie ein, die Besitzstruktur allerdings wird nicht angetastet.

Der Rückgang der Inflationsrate und die Senkung der Kreditzinsen, die Einfrierung des Dollarkurses und der Entschluß, nur 10% des Exporterlöses zur Schuldentilgung zu verwenden, sind Maßnahmen, die als erleichternd empfunden werden, und daher begrüßenswert. Aber: Zwischen August 1985 und Januar 1986 beträgt die Inflation über 30%; die Löhne wurden nur einmal geringfügig angehoben; der Minimallohn beträgt 540 Intis, d.h. ca. DM 80,- brutto, davon kann sich keine Familie, nicht einmal eine Einzelperson über Wasser halten.

Zwar wurden die von der IWF-hörigen Belaúnde-Regierung abgeschlossenen Verträge mit den Transnationalen des Erdöls, die dem Land viel Schaden zufügten, aufgekündigt, mit der Belco wurde kein neuer Vertrag geschlossen, ihre Fördereinrichtungen der nationalen "Petroperu" übertragen. Aber: Das neue Grundlagenabkommen mit der Occidental macht verhängnisvolle Konzessionen und wird von der Opposition scharf kritisiert.

Auch sonst kein entscheidender Durchbruch: Die so massiv in Angriff genommene Reformierung der Polizeikräfte blieb in einer oberflächlichen Verwaltungsvereinfachung stecken, der Mirage-Kauf wurde nur zur Hälfte rückgängig gemacht, der

Parzellierung von durch die Agrarreform entstandenen Produktionsgenossenschaften wurde grünes Licht gegeben, die Schaffung von miserabel bezahlten Zeitarbeitsplätzen, die ausgelost werden ("PAIT" - drei Monate lang Müll aufsammeln) soll für das Fehlen von Dauerarbeitsplätzen in der Produktion entschädigen.

Für die Regierung wird dieses Jahr 1986 alles damit stehen und fallen, ob die Reichen mitspielen, d.h. auf nationaler Ebene: investieren, und auf internationaler Ebene, ob die Gläubiger von einschüchternden Maßnahmen absehen, wenn die Zinsen- und Schuldentilgung nicht ganz in ihrem Sinne vorstatten geht, und damit, ob die Armen weiterhin hoffnungsvoll stillhalten. Noch hat Garcia sie in der Hand. Politik wird weiterhin von oben nach unten gemacht, das Volk dazu gebracht, auf Massenveranstaltungen zu jubeln, wenn der junge, dynamische Präsident ihm neue Opfer abverlangt. Er ist eine unmögliche Verpflichtung eingegangen, gemäß dem Wahlslogan "Für alle Peruaner" die Armut zu mildern, ohne es mit den Reichen zu verderben und laviert zwischen den unvereinbaren Interessen beider Seiten.



Die Vereinigte Linke (IU) hat nach den Wahlen die Kraft verloren, als Opposition ernstzunehmende Alternativen überzeugend zu vertreten. Ein Sektor begrüßt die Maßnahmen der Regierung, ein anderer kritisiert sie in Details, ein anderer radikal; die Zerstrittenheit der kleinen Parteien hat nach der Wahlniederlage voll durchgeschlagen. Eine Massenbewegung, die politisches Gegengewicht und Zukunftsperspektive sein könnte, kann unter diesen Umständen nur am Rande der IU wachsen, in den Basen der Elendsviertel und der Verteidigungsfronten auf Departements-, Provinz- und Distriktebene.

Von diesen breiten Mehrheiten müßte auch der Druck ausgehen, der die Regierung zur Respektierung der Menschenrechte zwingt. Noch immer ist die Sensibilität der peruanischen Öffentlichkeit (auch der linken) gegenüber dem Ausmaß an Folter, Mord und Völkermord gering, vor allem deshalb, weil die Mehrzahl der Opfer - anders als etwa in Argentinien - Bauern sind, d.h. zur offen oder insgeheim verachteten "Indio"-Bevölkerung gehören, deren Sprache nicht verstanden und deren Stimme nicht gehört wird. Aus diesem Grund gibt es noch keine starke und einige Menschenrechtsbewegung in Peru. Ein Ansatz ist die "Coordinadora de Derechos Humanos" (Zusammenarbeit von kirchlichen, gewerkschaftlichen, Partei- und sonstigen Organisationen) und die von ihr veranstaltete Demonstration in Lima am 21. November 1985.

UND SENDERO? DIE "IV. KAMPAGNE - LAND UND STADT"

Wie nicht anders zu erwarten war, agiert Sendero unbeeindruckt vom Regierungswechsel weiter. Zwar hat ein teilweiser Rückzug aus den unter Militärherrschaft stehenden Gebieten stattgefunden, doch die Zahl der Anschläge in Lima und anderen Landesteilen (Pasco, Junín, nördliche Anden und Küstenstädte) ist in den letzten Monaten deutlich gestiegen. Das soll Resultat eines "erweiterten Kongresses" der Sendero-Führung sein, der im Juli in Lima stattfand und die Kampagne "Land und Stadt" für 1986 festlegte: "Sabotage, Dynamit-Anschläge und bewaffnete Aktionen", alles daraufhin orientiert, die Stadt (Lima) vom Land her einzukreisen, um "den Neuen Staat endgültig zu besiegeln und den Volkskrieg auf breiter Front zu beginnen". Die neue Regierung soll nicht zur Ruhe kommen, daher die Anschläge auf APRA-Parteilokale. Wo die Befriedung durch Investitionen erreicht werden soll, zerstört Sendero diese Projekte; die Anschläge auf Militäreinrichtungen, die selektiven Vergeltungsaktionen gegen einzelne Angehörige der "Ordnungskräfte", die in Ayacucho Dienst taten, werden weitergeführt. In Lima hat daneben die "Revolutionäre Bewegung Túpac Amaru" (MRTA) in den letzten Monaten verstärkt zugeschlagen; ihre Spezialität sind Attacken auf Luxusrestaurants, exklusive Hotels und Botschaften und die Kaperung von Lastwagen mit Lebensmitteln, die anschließend in den Elendsvier-

teln verteilt werden. Der Unterschied in den Zielen beider bewaffneter Organisationen ist folgender: Während Sendero den Staat abschaffen und durch einen ganz anderen, "Neue Demokratie" genannt, ersetzen will, nachdem das soziale Gefüge durch Terrorakte zerstört ist, sucht der MRTA die Bedingungen für revolutionäre Veränderungen zu schaffen, die auch Ziel von Teilen der parlamentarischen Linken sind, die aber weiß, daß der Zeitpunkt für einen bewaffneten Aufstand noch nicht gekommen ist.

Das Schicksal dieser Bewegungen, ob sie zerschlagen werden oder trotz harter Schläge am Leben bleiben, vielleicht sogar wachsen, liegt nicht in ihrer eigenen Stärke, sondern in der Stärke oder Schwäche der übrigen politischen Kräfte. Nach dem Soziologen Raúl García, der sich seit Jahren mit dem Phänomen der Subversion befaßt, hängen die Perspektiven Senderos von zwei Faktoren ab: "Was wird der Staat in bestimmten Regionen tun, wo Sendero wachsen kann, was wird er unterlassen? Und zweitens: Was werden die politischen Kräfte des Landes tun, um diesen sozialen Raum zu füllen und diese Bevölkerung für sich zu gewinnen, die jetzt Sendero nahesteht? Wenn keine politische Kraft die Sache in die Hand nimmt und das politische Vakuum füllt und wenn die Misere nicht beseitigt wird, wird Sendero wachsen."



GUATEMALA

Die Zivilregierung und die Macht der Militärs

Am 5.2.86 ließ Guatemalas neu gewählter Präsident, Christdemokrat Vinicio Cerezo Arévalo, die berüchtigte Geheimpolizei DIT (Departamento de Investigación Técnica) auflösen. Beginnt jetzt eine neue Ära in Guatemala? Wird es der neuen Zivilregierung gelingen, die faktische Macht der Militärs und des Repressionsapparates einzudämmen? - Durch ca. 40 Militärdekrete sicherte die Armee in allerletzter Instanz unmittelbar vor dem Machtwechsel ihre Positionen, gab aber auch durch die Verabschiedung eines neuen Steuerpaketes dem Präsidenten eine Starthilfe.

Folgenden Artikel haben wir auszugsweise aus Guatemala-Info 1/86 und 2/86 entnommen, herausgegeben von Informationsstelle Guatemala e.V., Heerstr.205, 5300 Bonn 1

Den ersten Ansatz zur Einlösung seines Wahlversprechens hat der neue Präsident also am 5. Febr. gemacht. Bleibt zu hoffen, daß nun tatsächlich die Menschenrechtsverletzungen aufhören. Dafür aber gibt es bislang nicht die geringsten Hinweise. Im Gegenteil: Durchschnittlich zwei politische Opfer pro Tag ist die Bilanz der letzten sechs Wochen. Unter ihnen Studenten, Politiker, Kirchenleute und Angestellte der staatlichen Administration.

So sehr die Maßnahme gegen den DIT anzuerkennen ist, zahlreiche kirchliche und Menschenrechtsorganisationen des In- und Auslandes verlangen mehr: Im Landesinnern sind es vor allem die Finanzpolizei (Guardia de Hacienda) und die Armee, die weiterhin die Repression aufrecht erhalten. Und die Aktivitäten der Todesschwadronen werden erst dann aufhören, wenn sämtliche Verantwortlichen der bisherigen Verbrechen vor Gericht gestellt und die Befehlsstrukturen der Unterdrückungsmaschinerie aufgeklärt würde. Dazu aber reicht die Macht des neuen Präsidenten nicht.

NEUE DEKRETE FESTIGEN DIE MACHT DER MILITÄRS

"In mündlicher Absprache" mit Vinicio Cerezo erließ der scheidende Staatschef, General Mejía Victores, noch unmittelbar vor dem Regierungswechsel an die 40 Dekrete, die nahezu ausschließlich die Positionen der Armee als der eigentlichen Macht im Staate festigen helfen. Unter ihnen verdienen insbesondere drei Gesetzeserlasse Beachtung:

1. Als permanente Einrichtung wird ein Staatssicherheitsrat gebildet, der sich aus dem Präsidenten, dem Innen- und Außenminister, den Ministern der Verteidigung, der Wirtschaft und Finanzen, für Infrastruktur und Rohstoffe sowie dem Generalstabschef und dem Leiter der Abteilung für Staatssicherheit und Geheimdienst

der Armee zusammensetzt. Die alleinige Ausführung seiner Beschlüsse wird ausdrücklich der letztgenannten Einrichtung zuerkannt. Es ist klar, daß dieses Notstandsgremium den weit gefaßten Zielen der Widerstandsbekämpfung dient, die in den vergangenen Jahren zwischen 50-70 Tausend Menschenleben verursachten, die Zerstörung von etwa 400 meist indianischen Dörfern und die Vertreibung von annähernd einer Million Menschen.

2. Mit Dekret 19-86 werden die Zivilpatrouillen (Patrullas de Autodefensa Civil -PAC-) rechtlich anerkannt und in 'Zivile Verteidigungskomitees' -CDC- umbenannt. Das Gesetz betont ihren zivilen Charakter, schreibt jedoch der Armee die Rolle der Koordination und Unterstützung zu. Obwohl die Verfassung die Existenz der Zivilpatrouillen nur auf der Grundlage der Freiwilligkeit gestattet, haben zahlreiche Beschwerden der Betroffenen stets den Zwangscharakter dieser paramilitärischen Einrichtung deutlich gemacht und offen gelegt, daß das Militär rücksichtslos diejenigen verfolgt und z.T. mit dem Leben bedroht, die sich den Zivilpatrouillen nicht anschließen wollen. Nur so auch ist zu erklären, daß mittlerweile den Zivilpatrouillen ca. eine Million Menschen (von 8 Mio. Gesamtbevölkerung) angehören. Rechtlich war bisher umstritten, ob die Mitglieder der Zivilpatrouillen das aktive Wahlrecht genießen, da Militärangehörige davon ausgeschlossen bleiben.

3. Mit Dekret 8-86 wird eine Generalamnestie für alle politischen und gewöhnlichen Delikte seit dem 23.3.82, dem Militärputsch Rios Montts, verkündet. Damit werden insbesondere die Verantwortlichen für die Massenvernichtungsaktionen der letzten zwei Militärregimes von einer Strafverfolgung ausgeschlossen. Das Militär amnestiert sich selbst. - Spätestens hier mußte deutlich werden, welchen Absichten die militärische Staatsführung im Januar und Februar letzten Jahres folgte, als sie von der angeblich unabhängigen Verfassungsgebenden Nationalversammlung die Aufnahme eines Zusatzartikels verlangte, der die verfassungsrechtliche Anerkennung aller seit obigem Datum erlassenen und künftig noch zu erlassenden(!) Militärdekrete verhielt. Die Verfassung suspendierte sich selbst.

Sozusagen im Austausch gegen diese Konzessionen an die Macht der Militärs erhält die neue Zivilregierung per Dekret vermehrte Steuereinnahmen aus dem Konsum- und Luxusgüterimport, die Staatschef Mejía noch im April 85 aufgrund des erbitterten Widerstandes von Seiten des mächtigen Unternehmerverbandes CACIF hatte zurücknehmen müssen. Der Zeitpunkt des Regierungswechsels ist für diese unliebsame Maßnahme gut gewählt und der Präsident mit einem Konfliktpunkt weniger konfrontiert.

Ohnehin übergeben die Militärs eine heruntergewirtschaftete Ökonomie, Auslandsschulden von 2,5 Mrd. US-\$ (7,5 Mrd. Quetzales), eine 60%ige Inflation, die Produktionskapazität nur zu 45% ausgelastet, eine Arbeitslosigkeit von 50%. Der Staatshaushalt liegt mit 1,7 Mrd. Quetzales um ein Drittel höher als im Vorjahr, ist jedoch nur zu 57% durch direkte Einnahmen gedeckt, mit anderen

Worten, die 43%ige Schuldverschreibung verschärft die Inflationstendenz weiterhin.

"AKTIVE NEUTRALITÄT" IN DER AUSSENPOLITIK

Anlässlich der Amtsübernahme des Präsidenten am 14.1.86 wurde Guatemala zu einem Forum internationaler Diplomatie: Neben Regierungsvertretern aus Zentralamerika (außer Costa Rica) und den acht Staaten der Contadora- bzw. Unterstützergruppe der Contadora (Uruguay, Argentinien, Peru, Brasilien) waren Japan, die USA (durch Vizepräsident Georg Bush), Italien, Spanien und die BRD (durch Entwicklungsminister Warnke), Repräsentanten der UNO, der EG, Israels, Südkoreas, Taiwans und Chiles vertreten. Die vier letztgenannten Länder unterstützen das guatemaltekeische Militär seit langem durch Beraterkontingente in der Widerstandsbekämpfung.

Höhepunkt dieser Ereignisse war die Unterzeichnung eines Komunikés (einschließlich Nicaraguas), das als "Erklärung von Guatemala" folgende Absichten ausdrückt:

- den Dialog und die Verhandlungsbereitschaft zwischen den Staaten der Region zu vermehren,
- die Contadora-Initiative wiederzubeleben und
- zur Schaffung eines Zentralamerikanischen Parlaments beizutragen.

Was diesen letzten, besonders von Vinicio Cerezo propagierten Punkt betrifft, so zielt er, politischen Beobachtern zufolge, vor allem auf eine Stärkung der sog. Tegucigalpa-Gruppe (Honduras, El Salvador Costa Rica). Diese Länder, denen sich Guatemala anschloß, hatten, dem Druck der USA folgend, ihre Unterschrift zur Contadora-Akte von einseitigen Vorausleistungen Nicaraguas abhängig gemacht.

Dennoch verfolgt Guatemalas Regionalpolitik seit geraumer Zeit einen graduell unabhängigeren Kurs als der Tegucigalpa-Block. Dies hat sowohl historische als auch innenpolitische und wirtschaftliche Gründe: Nicht erst seit der Carter-Regierung (Streichung der Militärhilfe an Guatemala) sind die Beziehungen USA - Guatemala belastet, was wesentlich an der Massaker-Politik der Militärs liegt. Zwar sind die Ziele beider Länder identisch im Hinblick auf die Ausschaltung des politisch-militärischen Widerstands. Guatemalas Armee fühlt sich jedoch in diesem Auftrag von den USA im Stich gelassen und ist darum nicht bereit, seinerseits die vorgesehene militärische Führungsrolle im verdeckten Krieg der USA gegen Nicaragua zu übernehmen. Aus diesem Grunde scheiterten Ende 1983 die US-Bemühungen zur Wiederbelebung des zentralamerikanischen Verteidigungsbündnisses CONDECA als einem zusätzlichen Instrument zur militärischen Einkreisung der Sandinisten.

Guatemalas Militär sieht außerdem klar, daß es keinen Krieg an zwei Fronten gewinnen kann. Die Position der Guerilla im Lande



Neuer Präsident

Vinicio Cerezo Areval

wurde zwar geschwächt in dem Maße, als die Zivilbevölkerung zunächst durch Terror vertrieben und die Konfliktgebiete alsdann militärisch neu befestigt und kontrolliert werden konnten. Doch damit ist die Guerilla nicht geschlagen, neuerdings festigt sie zudem ihre Kräfte in acht von 22 Provinzen.

Diese plötzliche realistische Einsicht hat auch etwas mit konkreten wirtschaftlichen Interessen zu tun. Guatemala profitiert nämlich vom US-Handelsembargo gegen Nicaragua, und die Exportindustrie des Landes, sonst ultrakonservativ, ist an einer Konfliktverschärfung nicht interessiert, schon allein um die Rückzahlung von 162 Mio. US-\$ nicht zu gefährden, die Nicaragua an Guatemala schuldet.

"Aktive Neutralität", die regionalpolitische Formel des christdemokratischen Präsidenten bedeutet also zweierlei: 1) Aktiv, wenn nicht gar aggressiv im Hinblick auf politische Isolation Nicaraguas mit der Absicht, daß dies den innenpolitischen Oppositionskräften des Nachbarlandes zugute kommt; 2) Neutralität im kriegerischen Konflikt der von den USA unterstützten Contras bzw. militärische Abstinenz Guatemalas in der zentralamerikanischen Krisensituation allgemein.

UNRG SAGT DER NEUEN ZIVILREGIERUNG IHRE UNTERSTÜTZUNG ZU

Aus Anlaß des Vierten Jahrestages der Bildung der Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas -URNG-, der die vier Guerillaorganisationen EGP, ORPA, FAR und PGT angehören, hat die URNG am 7. Febr. 86 einen Aufruf an die Bevölkerung und die neue Zivilregierung erlassen, der eine neue deutliche Willensbekundung zur politischen Unterstützung jeglicher Initiativen der neuen Regierung enthält, die einer wirklichen Demokratisierung des Landes

Vorschub leisten.



Wörtlich heißt es in der Verlautbarung der URNG: "Das ganze Volk, seine revolutionären Organisationen und alle wahrhaft demokratischen Sektoren würden zur Unterstützung einer solchen Aktion (gemeint ist eine grundlegende und wahrhafte Demokratisierung; Anm. Infostelle) bereit sein und ihr zum Siege verhelfen." Gleichzeitig drückt die Erklärung der URNG aber auch ihre grundlegenden Zweifel an den realen Möglichkeiten aus, über die Präsident Cerezo verfügt, um einen solchen Demokratisierungsprozeß voranzutreiben. "... die Alternative geht über einen reinen Regierungswechsel hinaus. Sie impliziert eine Änderung der Strukturen. Die Frage ist nicht, was der neue Präsident zu tun wünscht oder was ihm richtig erscheint, sondern besteht in der realen Möglichkeit, sein Vorhaben in die Praxis umzusetzen."

In ihrem Aufruf warnt die URNG die Bevölkerung und ihre demokratischen Organisationen vor allzu verfrühten Hoffnungen. Im Hinblick auf die unmittelbar vor dem Regierungswechsel verkündete Generalamnestie heißt es: "Guatemala braucht keine Amnestien, sondern Gerechtigkeit." - Das oberste Militärkommando bereite neue Repressionskampagnen in den Städten vor und rüste sich zu neuen Strafexpeditionen, Vernichtungs- und Mordkampagnen in den ländlichen Regionen, die dem Blick der Öffentlichkeit entzogen sind, heißt es.

Die Bevölkerung, die gerade in den letzten Monaten ihren Forderungen nach Lohnerhöhung und Senkung der allgemeinen Lebenshaltungskosten verstärkt Ausdruck verliehen haben, werden aufgefordert, in ihrem Kampf um gerechtere Lebensbedingungen nicht nachzulassen. Weiterhin fordert die URNG die Freilassung der Entführten und Verschwundenen, ein Ende jeglicher Repression und die Auflösung der Zivilpatrouillen.

'Die URNG-Erklärung ist mit großer Erwartung und Interesse seitens der verschiedensten politischen und militärischen Kreise aufgenommen worden', kommentiert die 'Guatemaltekeische Nachrichtenagentur' -AGN- in ihrem jüngsten Informationsschreiben. Präsident Cerezo habe sofort darauf erklärt, daß er zu einem Dialog mit der Guerilla bereit sei und ihr Straferlaß anbiete.

Von Seiten der politischen Opposition Guatemalas wurde das Kommuniqué der URNG als ein Zeichen ihrer politischen und militärischen Flexibilität gewertet, schreibt die AGN. Es gebe dem neuen Präsidenten die Möglichkeit der Unterstützung, um seine gegebenen Versprechen einlösen zu können. Gleichzeitig aber bekräftigt die URNG ihre fünf programmatischen Punkte, wie sie auf ihrer gemeinsamen Plattform vom Januar 1982 festgelegt sind:

1. Beendigung der Repression und Wiederherstellung der Menschenrechte
2. Schaffung der Voraussetzung zur Befriedigung der grundlegendsten Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit
3. Garantie der Gleichstellung von indianischer und ladinischer Bevölkerung; Beendigung der kulturellen Unterdrückung und ethnischen Diskriminierung
4. Garantie einer neuen Gesellschaftsordnung, in der alle patriotischen, demokratischen und volksverbundenen Sektoren repräsentiert sind
5. Eine Politik der Blockfreiheit und internationalen Kooperation auf der Grundlage der Selbstbestimmung der Völker und zur Befreiung dieser aus ihrer Unterentwicklung.

Mit Bezug auf Punkt 4. dieses Programmes schlägt die URNG die Bildung einer umfassenden Nationalen Allianz vor unter Einbeziehung selbst der militärischen Bereiche, die sich nicht an der Repression beteiligt haben.

FILM

Neue Tendenzen des argentinischen Kinos

Ein Schwerpunkt des diesjährigen Berlinale-Programms war Argentinien, im Rahmen des "Forums" wurde Interessierten Gelegenheit gegeben, sich einen soliden Überblick über die aktuelle argentinische Filmproduktion zu verschaffen. Das Spektrum reichte von kommerziellen bis zu experimentellen Filmen, besonderes Interesse galt jedoch den Beiträgen, die sich mit der jüngsten Vergangenheit Argentiniens auseinandersetzten.

Vorwegzunehmen ist der bemerkenswert kritische Realismus und das qualitativ hohe Niveau der Spielfilme in der Auseinandersetzung mit der Diktatur. Dies ist um so erstaunlicher, wenn wir uns in Erinnerung rufen, daß die argentinischen Generale die einst blühende Filmindustrie ihres Landes in kürzester Zeit ruinierten; hier wurde mit Unterstützung des INSTITUTO NACIONAL DE CINEMATOGRAFIA (INC) erstaunliches geleistet. Denn die Realisierung von Filmprojekten stößt gerade in Lateinamerika viel schneller auf Finanzierungsprobleme als hierzulande.

Exil, Repression und materielle Verelendung sind die Themen, die auf verschiedenen Ebenen die neueren argentinischen Beiträge wie ein roter Faden durchziehen - die menschenverachtende Herrschaft der Generale hat tiefe Spuren in der argentinischen Gesellschaft hinterlassen. In der Tradition von Bebe Kamins CHICOS DE LA GUERRA (Kinder des Krieges) und CONTAR HASTA 10 (Bis 10 zählen) von Oscar Barney Finn, die auf der '85er-Berlinale zu sehen waren, steht beispielsweise Alberto Fischermanns LOS DIAS DE JUNIO (Juni-Tage). In die



Ana María Picchio und Alberto Fischerman

Zeit des Papstbesuches 1982 fällt die Rückkehr des im Ausland erfolgreichen Emilio nach Buenos Aires. Aber das Engagement an einer Bühne der Hauptstadt bricht er schon am ersten Tag ab und im Wiedersehen mit den daheimgebliebenen Freunden wird das gesellschaftliche Desaster der Diktatur eindrucksvoll verdeutlicht. Fischermanns Film ist eine gelungene filmische Umsetzung des psychischen Zustands der argentinischen Mittelklasse und ihrer Überlebensstrategien unter der damals herrschenden Repression. Dabei verfällt der Film nicht in eine Psychologisierung seiner Protagonisten - das gesellschaftlich herrschende Klima des Terrors und der Willkür ist jederzeit spürbar.



Szene aus "LOS DIAS DE JUNIO"

Die wachsende Atomisierung und Entsolidarisierung der argentinischen Gesellschaft wurde auch in zwei weiteren Beiträgen deutlich. In DARSE CUENTA von Alejandro Doria setzt sich ein Arzt erfolgreich gegen Ignoranz und Zynismus einer Gesellschaft zur Wehr, die ihr menschliches Antlitz längst verloren hat.

Auch Luis Puenzo greift in LA HISTORIA OFICIAL einen Aspekt der Unmenschlichkeit der Diktatur auf: die Adoption der Kinder von "Verschwundenen". Im Mittelpunkt des Films steht eine systemkonforme Lehrerin, die ein solches Kind adoptiert hat. Als sie - durch eine ehemals exilierte Freundin inspiriert - Nachforschungen über die Herkunft "ihrer" Tochter anstellt, gerät ihr Weltbild ins Wanken. Der Film ist das gelungene Porträt einer Frau, die begreift, daß andere für ihr persönliches Glück bitter bezahlen mußten.

Mit LA REPUBLICA PERDIDA 2 (Die verlorene Republik 2) hat Miguel Pérez den interessanten Versuch unternommen, die Ära der Militärdiktatur dokumentarisch aufzuarbeiten. Beide Teile (der erste umfasste die jüngere Geschichte von 1900 bis zum Sieg Alfonsíns) zusammengenommen stellen eine Interpretation argentinischer Geschichte aus der Sicht der Radikalen Partei dar und reizen somit zu Diskussion und Widerspruch. Es ist zweifellos ein Verdienst von Pérez, innerhalb kürzester Zeit aus einer Fülle von Archivmaterial sehenswerte Filme zu montieren. Allerdings geht dies auf Kosten der analytischen Ebene: Gesellschaftliche Kräfteverhältnisse werden nicht weiter hinterfragt, historische Prozesse werden stattdessen aus der (Un-)Fähigkeit der jeweiligen politischen und militärischen Führer erklärt.



ASESINATO EN EL SENADO DE LA NACION

Schamlose Bereicherung der Herrschenden, die auch vor Mord am politischen Gegner nicht zurückschrecken, stehen im Mittelpunkt von ASESINATO EN EL SENADO DE LA NACION (Mord im Senat der Nation) von Juan Jusid. Die politische Parabel auf die Zeit unmittelbar vor dem Putsch 1976 greift eine authentische Begebenheit von 1935 auf: Der Mord an dem Senator Bordavehere. Das Attentat galt jedoch seinem Freund, dem Senator de la Torre, der seine Klasse verraten hatte, weil er illegale Geschäftspraktiken zwischen argentinischen und englischen Fleischindustriellen aufdeckt. Der durchweg spannende Film besticht nicht nur durch das gesellschaftliche Panorama, das er detailgetreu nachzeichnet, sondern liefert darüberhinaus ein eindrucksvolles Psychogramm des Mörders, eines Mannes ohne Eigenschaften - typisches Produkt repressiver Verhältnisse.

Festzuhalten bleibt der bemerkenswerte Realismus des neuen argentinischen Films in der Auseinandersetzung mit der unmittelbaren Vergangenheit, die thematische Vielfalt und die hohe Qualität der meisten gezeigten Beiträge. Vergleichen wir die Produktionen des neuen, demokratischen Films mit denjenigen vor dem Putsch, so fällt auf, daß die Protagonisten des Kinos der 80er Jahre ausschließlich dem bürgerlichen Milieu entstammen. Und das ist ja nicht nur im argentinischen Film so ...

REZENSIONEN

Totale Ökonomisierung aller Lebensbereiche

Franz J. Hinkelammert, *Die ideologischen Waffen des Todes. Zur Metaphysik des Kapitalismus. Mit einem theo-politischen Nachwort von Kuno Füssel. Aus dem Spanischen übersetzt von Florian Flohr und Jens Holst, Edition Liberación, Münster und Edition Exodus, Freiburg/Schweiz, 1985*

Was erwartet die Leserin und den Leser? Im ersten Teil: "Fetische, die töten: die Fetischisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse" (S. 11-162), führt H. zunächst im Anschluß an Karl Marx den Begriff der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ein, der für das Ganze grundlegend ist. Gesellschaftliche Arbeitsteilung stellt den Rahmen dar, innerhalb dessen die Menschen ihre Grundbedürfnisse befriedigen und ihr Recht auf Leben bzw. ihr Recht auf Lebensmittel wahrnehmen müssen. Dies ist weder eine Sache unter vielen anderen in der Welt noch eine einseitige Reduzierung des menschlichen Lebens auf das Ökonomische, sondern eine Grundbedingung für das Leben überhaupt. Die Koordinierung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung entscheidet über Leben und Tod. Dieses Recht auf Leben als ein aller wirtschaftlicher Tätigkeit vorgeordnetes Recht ist auch Grundlage der klassischen politischen Ökonomie. Aber, und hierauf bezieht sich die von H. ausführlich dargestellte Fetischismusanalyse bei Marx, die gesellschaftliche Aufgabe der richtigen Koordinierung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung verschwindet hinter quasi-religiösen Trugbildern: Waren, Geld und Kapital werden zu selbstgemachten Göttern (Fetischen), denen sich die Menschen unterwerfen. Ihre Herrschaft bedeutet Tod. Menschen sterben, damit die Fetische leben. "Das Geld ist das größte Symbol dieses Verzichts des Menschen, sich für das Ergebnis seiner Handlungen verantwortlich zu fühlen" (28). Die neoklassische Wirtschaftstheorie, die H. in Auseinandersetzung mit Max Weber behandelt (S. 69-80) und mit der sich der Kapitalismus ideologisch gegen den Sozialismus zu behaupten versuchte, hat objektive Bedürfnisse des Menschen, ein vorgängiges Recht auf Leben, theoretisch ausgeschlossen. Objektive Bedürfnisse haben sich in subjektive Präferenzen verwandelt, mit denen das Individuum auf dem Markt erscheint. Der aufklärerische Rationalismus, der die Welt gestalten will, weicht einer formalen Rationalität: der Leistungskraft und dem Funktionieren des geschlossenen Systems Ökonomie. n. zeigt, wie der a-moralische Positivismus bei Max Weber religiöse Kategorien aufgreift, um seine Tödlichkeit zu verbergen. Max Weber spricht vom Polytheismus der Werte und verabschiedet sich vom "großartigen Pathos der christlichen Ethik". H. stellt

rest: "Diese Überwindung des Christentums durch den neuen Polytheismus Webers richtet sich gegen eine Tradition, in der er einen einzigen Block sieht: Christentum, Aufklärung und Marxismus" (76).

Milton Friedman, der führende Ökonom der reaktionären Wende, dem H. sich gründlich widmet (S.81-104), macht aus dem Polytheismus der Werte den Götzendienst eines Wertes, der "Freiheit". An sie müssen die Menschen "glauben", in ihrem Namen darf diskriminiert und getötet werden. In ihrem Namen betreibt Friedman abstrus, aber konsequent die totale Ökonomisierung aller Lebensbereiche: so meditiert er die Bedeutung von Kindern als Konsumgüter und Kapitalgüter, propagiert den 24-Stunden-Tag (von dem man sich für die eigene Reproduktion freikaufte) und schlägt die Einzäunung von stadtparks vor, um Eintrittsgelder verlangen und die Freiheit der subjektiven Präferenzen mittels Geld ausüben zu können.

Genug damit. Ich übergehe die Darstellung des "ökonomischen Credo der Trilateralen Kommission" (105-131), ein Abschnitt, der weltwirtschaftlich besonders aktuell ist und mit einer grandiosen Darstellung der Menschenrechtsproblematik schließt: Da der Kapitalismus die fundamentalen (sozialen) Menschenrechte systembedingt nicht garantieren kann, kann er auch immer weniger die liberalen (individuellen) Menschenrechte garantieren, zumindest nicht für die, die für die fundamentalen Menschenrechte eintreten. "Damit die Demokratie regierbar bleibt, muß sie aufhören, liberal zu sein" (129).

Im zweiten Teil: "Das Reich des Lebens und das Reich des Todes: Leben und Tod in der christlichen Botschaft" (163-191), stellt H. der vielfältigen Philosophie des Todes die biblische Botschaft gegenüber. Die leibliche Auferstehung Jesu, vermittelt in Essen, Trinken und Berühren, zeigt, was das Reich Gottes ist: "dieses körperliche Leben ohne den Tod" (167). H. gelingt hier eine eindrucksvolle Interpretation der paulinischen Anthropologie, in deren Mittelpunkt die Befreiung des Leibes vom Tod durch den "Geist" als "Antizipation der neuen Erde" steht. Leiblichkeit heißt "Subjekt in Gemeinschaft" (179) sein, aber, so stellt H. fest, so wichtig Paulus die Vorstellung von der leiblichen Einheit der Menschen in Christus ist, so schwer tut er sich damit, diesen Begriff zu vermitteln. "Was fehlt und damals auch nicht wahrgenommen werden konnte, ist die Auffassung der Arbeitsteilung als leibliche Einheit, die dem Leben des einzelnen Menschen vorausgeht und es bedingt. Sieht man die Menschen in der Arbeitsteilung körperlich vereinigt, kommen die endgültige Einheit des Subjekts in der menschlichen Gemeinschaft und somit die Nächstenliebe körperlich in Fleisch und Blut zum Ausdruck" (182). Diesen Mangel macht H. auch dafür verantwortlich, daß weder Paulus noch die Alte Kirche über ein "illegitim, aber gültig" (184) im Hinblick auf Autorität und Klassenstruktur (Sklaverei) des Römischen Reiches zu einer eigenen politischen Perspektive hinausgelangt sind. Sie

hätte nur im Rahmen einer Vorstellung von gesellschaftlicher Arbeitsteilung entwickelt werden können.

Im dritten Teil: "Der körperliche Zusammenhang zwischen den Menschen: Leben und Tod im modernen christlichen Denken" (193-317), arbeitet H. vor allem die katholische Soziallehre auf. Dabei weist er nach, daß Thomas von Aquin wohl ein Recht aller auf Nutzung der irdischen Güter kenne, nicht aber ein Naturrecht auf Privateigentum wie die spätere Soziallehre, die sich fälschlich auf ihn beruft. Für Thomas ist das Privateigentum nur ein Mittel zum Zweck der Sicherung des Rechts auf Leben für alle und es muß sich erweisen, ob es diesen Zweck erfüllt. Hier knüpft die Befreiungstheologie an Thomas an, ohne in den Fehler zu verfallen, ein anderes Eigentumssystem zu kanonisieren.

In der gegenwärtigen ideologischen Auseinandersetzung geht es nach H. vor allem um das Eigentumssystem, und diese Auseinandersetzung hat eine lange Geschichte. In diesem Zusammenhang entwickelt H. eine der Hauptthesen seines Buches. Im Interesse des Eigentumssystems wurde die ursprünglich utopische Ausrichtung der christlichen Botschaft in eine Anti-Utopie verwandelt. H. weist dies an der Wandlung des Namens "Lucipher" von einer Bezeichnung für Jesus in eine Bezeichnung für den Teufel nach. Ebenso an der Ersetzung von Auferstehungssymbolen (Fisch, Weinranke) durch das Kreuzessymbol. Heute zeigt sich diese Anti-Utopie in der unablässigen Warnung von Theologen und Marktideologen: Wer den Himmel auf Erden will, schafft die Hölle. H. plädiert leidenschaftlich für das "reale Leben" und entlarvt mit teilweise satirischem Können alle Versuche, das reale Leben zugunsten eines "höheren" oder "wahren" oder "eigentlichen" Lebens zu verraten. "Jedes mit dem realen Leben unvereinbare Gottesbild ist ein Fetisch, und der wahre Gott kann nur der sein, der mit dem realen menschlichen Leben vereinbar ist. Und der einzige Gott, der das ist, ist der Gott, den man in Zusammenhang mit der inneren Transzendentalität des realen Lebens entdeckt. Dieser Gott ist der Gott der Bibel" (316). So findet H. eine "Entsprechung" zwischen Marxismus und Christentum. "Die Besonderheit des Marxismus ist die Praxis, die in die Transzendentalität im Innern des realen Lebens mündet. Die christliche Besonderheit ist die Hoffnung auf die Möglichkeit dieser Praxis über das berechenbar menschlich machbare hinaus. Die gemeinsame Verbindung ist das reale und materielle Leben als letzte Instanz jeglichen menschlichen Lebens" (317).

Altindianische Textilkunst aus Peru

Der Münchner Amerikanist Ferdinand Anton beschreibt in sechs Kapiteln die aufgrund von archäologischen Grabungen gefundenen indianischen Textilien und deren Einordnung in die kulturelle Evolution. Dabei erkennt man die von E. P. Lanning geprägte geschichtliche Einordnung in Horizonte und Zwischenperioden der andinen Kultur.

Wegen der gravierenden Unterschiede in der Motivgestaltung sowie der zahlreichen stilistischen Variationen gingen die Archäologen dazu über, die Stofffragmente in ein sogenanntes Typenregister einzuordnen, d.h. in unterschiedliche Kulturhorizonte. Der Autor interpretiert anhand einzelner Stilfragmente die vorspanische Zeit und geht zu den schriftlichen Quellen der späteren Hochkulturen mit ihren soziopolitischen Strukturen, ihrer religiösen Vorstellungswelt und der verfeinerten Kunst über. Anton beschreibt die erste Hochkultur, die Chavin-Zeit (1200 v.Chr. - 400 v.Chr.) ausführlich, die durch die Verehrung eines göttlichen Mischwesens gekennzeichnet war, der Stabträgergottheit in Gestalt einer feliden Raubkatze mit schlangenförmigen Zeremonialstäben. Diese Ausführungen ergänzt er lobenswert mit Angaben der jeweiligen archäologischen Fundstellen und über dazu publizierte Werke. Dabei arbeitet er Einteilungsschwierigkeiten in den verschiedenen Perioden heraus, die durch übergreifende, stilistische lokalbedingte Elemente nebeneinander existierten. Beispielsweise meint er, daß das Raubkatzenelement unterschiedliche Bedeutungen hatte. Wie bereits erwähnt, versinnbildlichte die Raubkatzengottheit in der Chavin-Zeit das wichtigste Element. Dagegen symbolisierte sie in der Nazca-Kultur (200 v.Chr - 400 n.Chr.) die "Bringerin der Lebensmittel" und stand mit der Vegetationsgottheit in Beziehung. Sie verkörperte demnach eine enge Verknüpfung zwischen der religiösen und der magischen Weltanschauung, die in Geweben, Malereien, Keramiken sowie Skulpturen und Reliefs zu finden waren.

Ausführlicher geht der Autor auf die unterschiedlich vollendeten Webtechniken (Rückenbandwebstuhl sowie horizontale und vertikale Webgeräte) aus einer Vielfalt von mehr als 190 Farbtönen tierischer und pflanzlicher Art mit unzähligen Farb-abstufungen ein. Neben diesen Methoden des Webens, den Materialien aus Wolle, Baumwolle und Haaren bringt er am Ende jeden Kapitels viele Farbfotos, die die textile Art beweisen.

Anhand dieser Beispiele und anderer präzise beschriebener Fakten kann auf den hohen Entwicklungsstand der Bevölkerung geschlossen werden. Die Textilkunst erlebte in der Inka-Zeit einen entscheidenden Höhepunkt, da eine Ablösung der religiösen und mythischen Motive zu Gunsten einer allgemeinverständlichen gegenstandsbezogenen Ikonographie eintrat.

Das vorliegende Werk besticht durch seine Ausführlichkeit, so daß es nicht nur ein Beitrag für Fachleute ist, sondern auch für interessierte Amerikanisten. Der behandelte Themenkreis gibt einen hervorragenden und detaillierten Einblick in die Textilkunst aus drei Jahrtausenden. Die Arbeit umfaßt einen umfangreichen Bilderläuterungskatalog, in dem Fundort, Kultur und jetziger Aufenthalt der beschriebenen Werke aufgeführt sind.



Anton, Ferdinand: Altindianische Textilkunst aus Peru, 232 Seiten, 112 Farb-, 71 Schwarzweißbilder, 120 Zeichnungen, List Verlag, München, 1984

Eingegangene Bücher

Wochenschau für politische Erziehung, Sozial und Gemeinschaftskunde, Nr. 6, Nov/Dez 85: "Verschuldung der Entwicklungsländer", Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts, 1985

AK Entwicklungspolitik im BDKJ Stuttgart (Hg): **Banken, Kredite und die "Dritte Welt"**, Verschuldung als moderne Form der Ausplünderung. AK Entwicklungspolitik im BDKJ, Schwabstr. 70 A, 7000 Stuttgart 1, 1986

Argentinien-Gruppe Stuttgart: **Argentinien - endlich Demokratie?** Das Land nach den Militärs. AK Entwicklungspolitik im BDKJ, Schwabstr. 70 A, 7000 Stuttgart 1, 1986

Nicaragua-Gruppe Stuttgart: **Sowjetunion und "Dritte Welt"**. Hilfe oder Ausbeutung? AK Entwicklungspolitik im BDKJ, Schwabstr. 70 A, 7000 Stuttgart 1, 1986

Jaime Wheelock Roman: **Durch die Revolution zur nationalen Unabhängigkeit Nicaraguas: Die kämpferisch-engagierte Universität in Nicaragua**. Entwicklungsperspektiven, FB 06, GHK, Kassel, 1985 (Bezug: LN Vertrieb)

Worbert Rehrmann: **Politische Lieder im Befreiungskampf Lateinamerikas**. Entwicklungsperspektiven, FB 06, GHK, Kassel, 1985 (Bezug: LN Vertrieb)

Arte Popular. Bilder einer Region Nicaraguas. Curanderos e.V., Motzstr. 8, 3500 Kassel, 1986

Raimund Krämer: **Mittelamerika: Volkskampf contra USA-Gewaltspolitik**. Staatsverlag der DDR, Berlin/DDR, 1984

Heinz Bleckert, Max Zenske: **Lateinamerika. Gestern und heute**. VEB Hermann Haack, geographisch kartographische Anstalt, Gotha, 1985

Bernd Gräßler: **Brennpunkt Mittelamerika**. Militärverlag der DDR, Berlin/DDR, 1985

Christoph Heubner/Alwin Meyer (Hg): **Literatur '86**. Taschenkalender. Lamuv, Bornheim Merten, 1985

Grefe, Heller, Herbst, Pater: **Das Brot des Siegers**. Das Hackfleisch Imperium. Lamuv, Bornheim-Merten, 1985

Augusto Roa Bastos: **Die Nacht der treibenden Feuer**. Erzählungen aus Paraguay. Lamuv, Bornheim-Merten, 1986

Uwe Pollmann: **Im Netz der grünen Hühner**. Die Straßenkinder von Recife. Lamuv, Bornheim-Merten, 1986

Das Dritte-Welt-Archiv am Gymnasium Wertingen. Ein Beispiel mit Modellcharakter. Aktion Selbstbesteuerung e.V., Lerchenstr. 84, 7000 Stuttgart 1, 1985

Korrektur: In LATEINAMERIKA NACHRICHTEN Nr. 141 ist uns bei einem Buch ein Tippfehler unterlaufen. Wir wiederholen deshalb die Angaben, diesmal korrekt:

Bernd Päsche: **Salvadorianische Passion**. Semana Santa in El Salvador. edition liberación, Münster, 1985

Zeitschriftenschau

ila-info Nr. 93, März 1986 Römerstr. 88, 5300 Bonn 1
Schwerpunkthema: **Puerto Rico: Zwischen Rock und Salsa:** Die Situation der US-Kolonie Puerto Rico, die von der 3. Welt-Bewegung bislang weitgehend unbeachtet blieb, wird unter verschiedenen Aspekten beleuchtet: Beiträge zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung, zur Bevölkerungspolitik der Kolonialmacht, zur Bedeutung der Insel für die Militarisierung der Karibik, zur Frage der kulturellen Identität in der puertorikanischen Literatur sowie ein Gespräch mit einer in der BRD lebenden Puertorikanerin.

Weitere Beiträge: Paraguay: Es herrscht Ruhe im Land / Haiti: Wer stürzte Baby Doc / Daimler-Benz in Nicaragua und Brasilien / Kommentar von Karl-Heinz Hansen zum Klose-Bericht über Nicaragua / NATO und Dritte Welt u.a.m.

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 101, Feb. 86
BUKO, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50

Schwerpunkt: **Die internationale Hack(fleisch)ordnung** (mit Medienverweis und Aktionsbeispielen)

Protokoll des 2. Vorbereitungsseminars zum BUKO 10 / Medikamente und Dritte Welt / Kontokündigungskampagne: Keine Kredite für Apartheid ... / Neues aus der Futtermittelkampagne / Agro Archiv / Señor Turista - Unheimliche Begegnungen am Titicacasee (Filmbesprechung) / Protokoll vom BUKO Medienseminar

AIB Nr. 3/86, März 1986 Liebigstr. 46, 3550 Marburg
Philippinen: Gelingt die Wende in Manila? / **Haiti:** Der Sturz Duvaliers / **Libyen:** Angriffsziel Libyen; Bonn und der Medienkrieg in der Libyenkrise; Reagan-Plan zum Sturz Ghaddafis / **Uganda:** Neuanfang unter Museveni? / **Lesotho:** Opfer der "Pax Pretoriana" / **Westsahara:** 10 Jahre DARS / **Nicaragua:** Wem nutzen Pressezensur und Streikverbot? / **Chile:** Stürzt Pinochet 1986? Chiles Frauenbewegung / **Sowjetunion und Dritte Welt:** Nicaragua und das sozialistische Lager

AIB-Sonderheft 1/1986, Südafrika - Apartheid und Widerstand
Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Die Verantwortung der Apartheidgegner in der BRD / Interview mit Alfred Nzo (ANC) / Wie reformbereit ist das weiße Lager? / Was ist Apartheid? / Ausbau der südafrikanischen Militärmacht / ANC/UDF auf dem Vormarsch / Grundsatzklärung der UDF / Freiheitscharta Südafrikas / Gründung der COSATU / Die Westmächte und die Sanktionsfrage / Kollaboration BRD-Südafrika / Aktionsbeispiele / ANC: Appell an die internationale Gemeinschaft, Kommuniqué der 2. Nationalen Konsultativkonferenz

INPREKORR Nr. 179, März 1986

Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1
Philippinen: Das Marcos-Regime am Ende / **Haiti:** Baby Doc's Abgang / **Iran:** Wie Khomeini die Arbeiterbewegung zerschlagen hat / **Friedensbewegung:** Die Debatte um den Prager Appell / **Italien:** Interview mit Sergio Damia (LCR) über die neue Studentenbewegung / **Nord-Irland:** Ergebnis der Kommunalwahlen vom 23. 1. 86

Termine

**10. BUNDESKONGRESS
ENTWICKLUNGSPOLITISCHER AKTIONSGRUPPEN
8. - 11. MAI 1986 IN BREMEN**

»Kein Che ist nicht in unserer Mitte«

**Geschichte, Gegenwart und Perspektiven von
Solidaritäts- und Dritte Welt-Arbeit in der Bundesrepublik**

Parallelplena:

Internationalismus in der Adenauer-Ära - Solidarität mit dem algerischen Befreiungskampf / Große Koalition, Studentenbewegung und die Solidaritätsarbeit zu Vietnam, Iran, Palestina / Sozial-liberale Koalition und die Solidaritätsarbeit zu Chile, den portugiesischen Kolonien, Zimbabwe und Südafrika / Die Ära Schmidt, die Alternativ-Bewegung und die Internationalismusarbeit als Nicaragua-/Mittelamerika-Solidarität, in der Argentinien-Kampagne, als Dritte-Welthandel und in der Pharmakampagne des BUKO.

Arbeitsgruppen:

Die Stellung von Theorien in der entwicklungspolitischen Alltagsarbeit / "Hoch die internationale Solidarität!" (Internationalismusbegriff - Internationalismusverständnis / Entwicklungspolitische Aktionsgruppen - Basisdemokratie oder Kaderorganisationen? / Flucht, Projektion, Wunschenken / Internationalismusarbeit von|für|über oder gar gegen Frauen? / Ländersolidarität oder inhaltliche Kampagnen - Widerspruch oder notwendige Ergänzung? / Klein aber fein - ein Leben im Ghetto. Aktionsformen in der entwicklungspolitischen Arbeit / Wer ist solidarisch mit wem? / Entwicklungspolitische Zeitschriften - zwischen Parteilichkeit und kritischer Solidarität / Innenpolitische Rahmenbedingungen für Internationalismusarbeit / Von Amadina bis Zeze - Hauptsache Kultur!

Information, Vorbereitungs-material und Anmeldung (eilt!) bei

BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/393156

**BUKO - Vertiefungsseminar am 18.-20.4.86 in Bielefeld
"WELTWIRTSCHAFT UND VERSCHULDUNGSKRISE"**

Information und Anmeldung bei: BUKO, Nernstweg 32 - 34, 2000 Hamburg 50

SEMINARE DES AKE-BILDUNGSWERK, VLOTHO

Neue entwicklungspolitische Filme

23. - 25. Mai 86 in 4811 Oerlinghausen

Der Internationale Währungsfonds (IWF) - Neokoloniales Instrument zur Integration der Länder der "Dritten Welt" in den Weltmarkt!
30. 5. - 1. 6. in Bielefeld

Frauen in der Dritten Welt und in der Ersten Welt

13. - 15. Juni 86 in 4901 Hiddenhausen
*

NATIONALES FOLKLOREENSEMBLE CUBA

2. April 1986, 20 Uhr, Berlin, ICC, Saal I
*

"ES IST DUNKEL; ABER ICH SINGE"

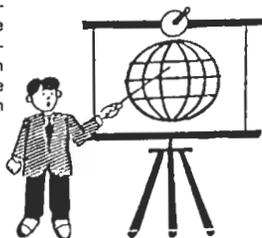
Lieder und Texte aus Brasilien

3. April 1986, 19.30 Uhr, Martin-Niemöller-Haus
1000 Berlin 33 Pacelliallee 61

Die Dritte Welt sollte Schulfach werden

Ein Archiv Dritte Welt an der Schule und seine Entstehung

Die beiden Arbeitskreise Dritte Welt am Gymnasium Wertingen/Schwaben und ihr Lehrer Wolfgang Pfaffenberger geben über die Aktion Selbstbesteuerung e.V. (asb) in Stuttgart ab Oktober 1985 eine Broschüre heraus, in der Entstehung, Aufbau und Wirkung des Archivs Dritte Welt (ADW) an ihrer Schule in Wort und Bild anschaulich dargestellt werden. Die Schrift soll insbesondere Lehrer, Dritte-Welt-Arbeiter und Multiplikatoren in diesem Bereich anregen, ähnliche Informationszentren in ihren Schulen und Organisationen aufzubauen.



Die Broschüre kann ab sofort bei der asb in Stuttgart kostenlos bestellt werden, um eine Unterstützung wird jedoch gebeten.

Dieses Informationszentrum über alle Fragen heutiger Entwicklungsproblematik besteht zur Zeit aus etwa 450 Büchern, 200 Ordnern mit knapp 400 Stichwörtern und 15 laufenden Zeitschriften. Dazu kommen eine kleinere Sammlung von Video-Filmen, Dienserien und Plakaten. Die Broschüre berichtet über die Geschichte dieses Materialarchivs, gibt praktikable Hinweise zur Sammel- und Sortierarbeit, erklärt exemplarisch die Inhalte und geht ein auf deren Verwendung im Unterricht. Zudem kommen auch die Arbeitskreise selbst in originellen Beiträgen zu Wort.

Adresse:
Aktion Selbstbesteuerung e.V.
Lerchenstr. 84, 7000 Stuttgart 1
Telefon 0711/292108

Anzeige

Verschuldung und Ausbeutung der Dritten Welt und die Rolle der Bundesrepublik

Internationale wissenschaftliche Konferenz
Köln, 31. Mai/1. Juni 1986

Veranstalter: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/M., in Zusammenarbeit mit: Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), Antiimperialistisches Informationsbulletin (AIB), Antiimperialistisches Solidaritätskomitee (ASK), Arbeitskreis »Kein Geld für Apartheid!«, Freundschaftsgesellschaft BRD - Cuba, Marx-Engels-Stiftung (MES).

Vorträge von Wissenschaftlern aus der Dritten Welt und der Bundesrepublik zu den Themen »Die Verschuldungskrise aus der Sicht der Dritten Welt - Ursachen und Gegenstrategien«, »Internationale Kapitalstrategien (IWF, Weltbank, Baker-Plan)« und »Die Bundesrepublik und die Ausbeutung der Dritten Welt«.

Arbeitsgruppen

Markt der Initiativen - Informationsbasar - Medienworkshop

Podiumsdiskussion: »Die Linke der Bundesrepublik und die Dritte Welt«
Angefragt: Teilnehmer aus DKP, Dritte-Welt-Gruppen, Friedensliste, Grüne, SPD.

Referate, Diskussionsbeiträge, Informationsangebote und Arbeitsgruppen-Moderation haben bisher zugesagt:

Dr. Hermann Bömer (Dortmund), Prof. Dr. Dieter Boris (Marburg), Wolfram Brönnner (Marburg), Prof. Dr. Issam El-Zaim (Syrien, UNIDO), Rainer Falk (Marburg), Dr. Thomas Friedländer (IPW, Berlin/DDR), Dr. Jörg Goldberg (Frankfurt/M.), Horst-Eckart Gross (Bielefeld), Peter Imbusch (Marburg), Ute Kampmann (Marburg), Prof. Dr. Klaus Kannapin (IPW, Berlin/DDR), Jose Maria Lanao (Argentinien), Gunnar Matthiessen (KOFAZ), Doris Peschke (Bonn), Mario Ramos (Portugal, WGB), Dr. Jürgen Reusch (Frankfurt/M.), Victor Richardson (Trinidad-Tobago, UNIDO), Prof. Dr. Herbert Schui (Hamburg, Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik), Dr. Bernhard Roth (Bremen), Dr. Angelina Sörgel (Bremen), Pfarrer Hans Christoph Stoodt (Frankfurt/M.), Ludger Volmer (MdB Die Grünen), Peter Wahl (Frankfurt/M.).

Vertreter von: African National Congress (ANC), Institut für Weltwirtschaft (Havanna), Nationale Planungskommission von Nicaragua, Dritte-Welt-Gruppen der BRD u.a.

Ort: Gesamtschule Köln-Rodenkirchen

Termin: Samstag, 31. Mai/Sonntag, 1. Juni 1986

Teilnehmerbeitrag (incl. 3 Mahlzeiten und Konferenzmaterialien): DM 50,-/35,-
Teilnahme nur nach Bestätigung. Information und Anmeldung bei:

**Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF),
Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main, Tel.: 069/724914.**

**ARGENTINIEN
ENDLICH
DEMOKRATIE?
Das Land nach den
Militärs.**

**Argentinien 1976-1983
Beziehungen BRD -
Argentinien
Alfonsin und der IWF
Der Plan Austral
Vergangenheitsbewältigung
durch einen Prozeß?
Der Peronismus
Barrio 2. April -
ein Selbsthilfeprojekt**

**60 Seiten mit Fotos
Preis: 4,- DM**

**SOWJETUNION UND
'DRITTE WELT'
Hilfe oder Ausbeutung?**

**80 Seiten mit Fotos
Preis: 4,50 DM**

**IWF - WELTBANK
Entwicklungshilfe oder
finanzpolitischer Knüppel
für die 'Dritte Welt'?**

**48 Seiten, broschiert
Preis: 4,- DM**

**BANKEN, KREDITE UND DIE
'DRITTE WELT'
Verschuldung als moderne
Form der Ausplünderung?**

**92 Seiten, broschiert
Preis: 5,- DM**

Preise jeweils zuzüglich
Porto und zu üblichen
Rabatten.
**Bestelladresse:
AK Entwicklungspolitik im
BDKJ/Stuttgart
Schwabstraße 70 a
7000 Stuttgart 1**

TRIALOG

**Zeitschrift für das Planen und
Bauen in der Dritten Welt**

- ein Journal für Architekten, Stadtplaner, Soziologen, Ökonomen und Entwicklungsplaner.
- ein Journal für die überfällige Debatte um das Verhältnis der deutschen Planer zu den urbanen Veränderungsprozessen der Dritten Welt.
- ein Journal zum Austausch beruflicher Erfahrungen im Bereich städtischer Entwicklungen der Dritten Welt.
- ein Journal zur Aufarbeitung der neuesten Forschungsergebnisse und zur Diskussion aktueller entwicklungspolitischer Konzeptionen für die städtische Entwicklung.
- ein Journal der freien Diskussion, der Arbeitsberichte und der Dokumentation richtungsweisender Ansätze.

"*Trialog*" soll eine lang bestehende Lücke in der deutschsprachigen Planer-Diskussion schließen. Immer mehr Architekten, Stadt- und Raumplaner sowie andere Disziplinen beschäftigen sich in Praxis und Forschung mit den Problemen in der Dritten Welt, mit den Auswüchsen einer heftigen und unkontrollierten Verstädterung, der damit zusammenhängenden Entwicklung auf dem Land, und einer rapiden Verelendung großer Teile der Bevölkerung.

Bisher sind folgende Trialog-Hefte erschienen

- | | |
|------------------|---|
| Nr. 1 | (Winter 83/84 - vergriffen):
<i>Wohnungsbau für die Armen</i> |
| Nr. 2 | (Frühjahr 84 - vergriffen):
<i>Regionalplanung</i> |
| Nr. 3 | (Sommer 84 - vergriffen):
<i>Ausbildung und Berufsbild</i> |
| Nr. 4 | (Herbst 84 - vergriffen):
<i>Die Häuser der Revolution</i> |
| Nr. 5 | (Frühjahr 85):
<i>Ausgrenzungen, Arbeitstitel:
"Ghettos"</i> |
| Nr. 6 | (Sommer 1985): <i>Socialist Housing?</i> (Doppelheft, in Englisch) |
| Nr. 7 | (Herbst 1985): <i>Raumordnungen</i> |
| Nr. 8 | (Winter 1985): <i>Erneuerung
historischer Stadtzentren</i> |
| <i>Vorschau:</i> | |
| Nr. 9 | (Frühjahr 1986): <i>Entwicklung
von Mittelstädten</i> |
| Nr. 10 | (Sommer 1986): <i>Frauenheft</i> |
| Nr. 11 | (Herbst 1986): <i>Angepasste
Technologien</i> |
| Nr. 12 | <i>Co-operativen und NGOs</i> |
| Nr. 13 | <i>Upgrading</i> |
| Nr. 14 | <i>Ländliche Entwicklung</i> |
- Redaktions- und Vereinsanschrift:
Trialog
Ploennisstr. 18
D-6100 DARMSTADT

Studien zu Zentralamerika
Istmo

=====

E X T R A

=====

Gaby Gottwald
Paul Schwarz

STIFTUNGSPOLITIK
im Ausland

zum Beispiel:
ZENTRALAMERIKA

Preis: 3.- DM

Die Hefte sind erhältlich über den Buchhandel (ISSN 0724-0718) oder direkt beim Herausgeber, Einzelheft DM 4,-, Doppelheft DM 8,-.

Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft
Zentralamerika e.V.
Achtbühlstraße 10-12
D- 4400 Münster

IMBAS Zeitschrift für Menschenrechte
in den ASEAN-Staaten
Herbst 1985
Nummer 3

AUS DEM INHALT:

Indonesien:

- Union Carbide verseucht Bucht von Jakarta
- 17. August mal anders
- Schicksal von nach Arabien exportierten Frauen

Malysia:

- Usun Apao - verlorenes Paradies
- Mammut-Stausee geplant
- Kautschuk - der Stoff, aus dem die Reifen sind

Thailand:

- Sextourismus + Frauenhandel
- Besuch in Nakhon Sawan

Philippinen:

- Streik bei Triumph-Manila
- Haltet Olongapo sauber

Darüberhinaus enthält die Zeitschrift die Rubriken: Solidaritätsarbeit - Kurzmeldungen - Kochrezept - Buchbesprechungen und weiteres.
(Preis DM 5,-)

Bestellung durch Vorauszahlung auf unser Konto:
IMBAS c/o. M. Rings, Kto.-Nr. 247 437-609, Postscheckkonto Frankfurt/M. (genaue Adresse auf Überweisungsformular angeben!)
Es wäre nett, wenn Sie uns auch mitteilen, woher Sie IMBAS kennen.
Unsere Adresse: IMBAS, Postfach 111131, 63 Giessen (West-Germany)

links
Sozialistische Zeitung

- Seit 1969.
- Das Forum der unabhängigen Linken.
- 36 Seiten. Jeden Monat neu.
- Für Leser, die mitdenken wollen.

MÄRZ '86

- **Wahlen in Frankreich**
Lothar Baier
Peter Jansen
Claud Leggewie
- **und außerdem**
Horst Kern
Jürgen Seifert
u.a.m.

links jetzt abonnieren!

Jahresabonnement DM 45,-
(incl. Versandkosten)

Bezug über:
Sozialistisches Büro
Postfach 10 20 62
6050 Offenbach 1

Ich möchte die "links" kennenlernen (kostenloses Probeexemplar)

Ich möchte die "links" abonnieren ab

Name _____

Straße und Hausnummer _____

PLZ/Ort _____

1. _____
Datum/Bestell-Unterschrift

Erfüllungsort: Offenbach

Ich bestatige mit meiner 2. Unterschrift, daß ich diese Bestellung innerhalb 14 Tagen widerrufen kann.

2. _____
Datum/Bestätigungs-Unterschrift